

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis halbjährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Spaltenzeile oder deren Raum 30 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 13. Juni 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Koloniale Kriegs-Statistik.

Die Kolonialkriege des Deutschen Reiches haben besonders in den letzten Jahren einen solchen Umfang angenommen, daß ohne Führer und Begleiter ein Durchfinden beinahe unmöglich wird. Die Regierung und die kolonialfreundlichen Parteien haben auch ein lebhaftes Interesse daran, daß diese Unklarheit und Unübersichtlichkeit gewahrt bleibt, denn je klarer das Bild unserer Kolonialkämpfe wird, je genauer ziffernmäßige Belege darüber an die breite Öffentlichkeit gelangen, je stärker muß die Empörung über die Regiererei werden, mit der hier Millionen über Millionen in das Joch der Danaiden geworfen werden. Wiederholt ist denn auch eine solche Statistik der deutschen Kolonialkämpfe gefordert worden, aber bisher stets ohne Erfolg. Jetzt endlich ist eine halbwegs zuverlässige aus Licht gekommen, wenn auch auf dem Umwege des Militärpensionsgesetzentwurfes.

In den Anlagen zum Bericht der Reichstagskommission, die über die Militärpensionsgesetze zu beraten hatte, befindet sich nämlich neben allerlei anderem Lehrreichen auch eine Zusammenstellung der kaiserlichen Erlasse, die die Zahl und die Dauer der im Sinne des Pensionsgesetzes als Krieg anzusehenden Unternehmungen in den deutschen Kolonien festsetzen. Es liegt hier also eine offizielle Zusammenstellung der Kämpfe vor, die in den deutschen Kolonien zwischen Schutztruppen und Eingeborenen stattgefunden haben. Sie ergibt zur Genüge, daß die Kolonien überhaupt nicht zur Ruhe kommen. Nebenbei sieht man der Zusammenstellung auch die Unordnung an, die in den Kolonien herrscht. Nicht einmal in der Benennung der Unternehmungen herrscht Gleichmäßigkeit. Bald ist von einer Strafexpedition die Rede, dann von einem Strafzug; bald wird von Expeditionen gegen den Stamm, dann von Zügen im gleichen Sinne gesprochen; dann gibt es abwechselnd Feldzüge, Kriegszüge, Kriege. Vielleicht herrscht auch die Absicht, die ewigen Operationen mit dem Schieffeln durch häufiges Wechseln der Titulaturen harmlos erscheinen zu lassen.

Die Tabelle für Deutsch-Ostafrika, die die erste ist, führt auch die Bismarck-Züge kurz an. Wir lassen sie außer acht und wenden uns allein den von der kaiserlichen Schutztruppe unternommenen Operationen zu. In einem Zeitraum von 12 Jahren (1891-1903) wurden ausgeführt: 9 Strafexpeditionen, 7 Expeditionen gegen Hauptlinge, Stämme u., 4 Kriege und Feldzüge, 3 Züge gegen Hauptlinge u., 30 Gefechte, 4 Einnahmen und 5 Erstürmungen von Dertlichkeiten und ein Angriff. Damit ist es aber noch nicht genug, denn die Zusammenstellung bezeichnet manchmal mehrere Gefechte und Zusammenstöße mit einem Namen und trägt sie nur als ein Ereignis vor. So wird z. B. unter Nr. 49 von Gefechten bei Awa Louera, die zwei Tage währten, und unter Nr. 53 von kriegerischen Zusammenstößen bei der Watumbi-Expedition gesprochen.

Rum zu Südwestafrika! Hier reicht die Zusammenstellung von 1893 bis zum Hereroaufstand (1904). Zunächst sind die Kriege Leutwicens mit Witbot (1893 und 1894) summarisch, also ohne die Nennung einzelner Ereignisse angeführt, dann werden von Ende 1894 bis Ende 1901 vier Feldzüge, neun Gefechte, eine Erstürmung und ein Aufstand verzeichnet. Ende November 1903 begann der Aufstand der Vondelzwarts und daran anschließend der Aufstand der Hereros. Der Aufstand der Hottentotten ist nicht erwähnt. Warum, wiewohl man nicht. Vielleicht will man von dieser Bombenblamage möglichst wenig reden.

Endlich zu Kamerun! Die Tabelle reicht von 1891 bis 1903. Einzelne sind aufgezählt: 10 Strafexpeditionen, 17 Expeditionen gegen Stämme usw., 3 Kriege- und Feldzüge, 10 Gefechte, 2 Unternehmungen gegen Stämme, ein Ueberfall. Außerdem wird kurz von militärischen Unternehmungen des Gouvernements in den Jahren 1891, 1892, 1893, 1894 gesprochen. Wie viele Strafexpeditionen, Expeditionen, Kriegszüge, Gefechte in diesen Unternehmungen steden, ist nicht ersichtlich. Ferner sind fünf Monate dauernde Kämpfe gegen den Emir Huberu von Jola und seine Verbündeten eingetragen. Auch sind zweimal mehrere Gefechte unter einer Nummer und einem Namen erwähnt. In Kamerun, wo der würdige Herr v. Buttkamer im Verein mit seiner gefälligen Cousine das Deutsche Reich im allgemeinen und seine Junker im speziellen so herrlich vertrat, sind für das Jahr 1901 nicht weniger als 12 Expeditionen usw. gegen eingeborene Stämme aufgeführt.

Im ganzen füllt die Zusammenstellung der kriegerischen Unternehmungen in Deutsch-Ostafrika, Südwestafrika und Kamerun 4 Seiten von der Größe des Formats der Scharfischen Woche. Der Gedanke, daß eine Reihe dieser Expeditionen, Strafzüge usw. von Leuten wie Wehlan, Leitz, Peters, Buttkamer usw. angeordnet wurden, macht einen schaudern. Man erinnere sich ferner an die Auspeitschungen, die die Eingeborenen erdulden müssen, an die Art und Weise, auf der sie oft — siehe Hereroaufstand — durch betrügerische Händler und Bucherer um Hab und Gut gebracht und damit zum Aufstand getrieben werden. Wie ein blutiger Hohn klingt es, daß das Deutsche Reich Länder, in denen es solche Zustände teils herbeiführt, teils duldet, Schutzgebiete nennt. Die Eingeborenen möchten sich mit Recht für einen solchen „Schutz“ bedanken. Wenn sie es aber

tun, so kommt ihr schwarz-weiß-rot lackierter Schutzheiliger und macht ihnen mit Kleinfalkbürgen und Maschinengewehren klar, daß der Versuch, sich einem so fürsorglichen Schutz zu entziehen, ein kolossales Verbrechen ist.

Die Revolution in Rußland.

Aus der Duma.

Petersburg, 12. Juni. (B. Z. V.) Die Sitzung wird um 11 Uhr 40 Minuten eröffnet. Nach Verlesung mehrerer Anträge betreffend Interpellationen an die Minister und des Antrages, die Redezeit der einzelnen Abgeordneten in der Agrarfrage auf 10 Minuten herabzusetzen, und nach Ablehnung des letzteren Antrages geht das Haus zur Beratung der Agrarfrage über. Die Liste der Redner enthält noch 117 Namen.

Im Laufe der Beratung über die Agrarfrage macht der Abg. Tatarinow den Vorschlag, man solle auf das Reden verzichten! Die Motion sei erwidert und könne nicht länger warten. Trotzdem dieser Vorschlag mit anhaltendem Beifall begrüßt wird, dauert der Redesluß ungenügend unter abseitiger Abspannung fort.

Ein neuerlicher, von 85 Mitgliedern eingebrachter Antrag, die Redezeit der einzelnen Deputierten auf 10 Minuten herabzusetzen, wird wieder abgelehnt. Ein von Winawer eingebrachter Antrag: der Agrarfrage den ersten Teil der Sitzungen zu widmen und in dem zweiten Teile die übrigen gesetzgeberischen Fragen zu verhandeln, wird angenommen. Die Agrardebate dauert fort.

„Immunität!“

Petersburg, 11. Juni. „Kowoje Wremja“ meldet, die Regierung habe beschlossen, gegen 14 Mitglieder der Reichsduma wegen eines von ihnen an die Arbeiter gerichteten Aufrufes, in welchem eine Aufreizung der Volksmassen zu erblicken sei, das gerichtliche Verfahren einzuleiten, der Immunität der Abgeordneten wegen aber davon abzusehen, die 14 Abgeordnete in Untersuchungshaft zu nehmen.

Die Dumawahlen im Kaukasus.

Die „Kafschja Schisn“ berichtet: Die Wahlen der Wahlmänner für die Reichsduma sind fast beendet und die politische Psychologie der Abgeordneten nimmt sich folgendermaßen aus: Im westlichen Teil (Gouvernements Tiflis, Ktawid und Batumi), wo die Revolution sich am stärksten entfaltet, gehört die Mehrheit den Sozialdemokraten. Im Gouvernement Awtais wurden schon drei Sozialdemokraten gewählt (ein Arzt, ein Rechtsanwalt und ein Dorfschullehrer). Die „Radetten“ sind in der Minderheit. Somit wird wohl der westliche Kaukasus mit sieben bis acht Sozialdemokraten vertreten sein. Im östlichen Teil kommen auch die „Radetten“ in Betracht.

Der Fortschritt der Sozialdemokratie hat seinen Grund in dem dort herrschenden Regime: Jede Keuscherung der gesellschaftlichen Tätigkeit hart verfolgend, sich gegen die Volksbildung, Land- und Stadtselbstverwaltung sträubend, beständige „außerordentliche Maßregeln“ ergreifend, hat die russische Regierung das ganze Gebiet revolutioniert.

Die Bedeutung der nationalistischen Parteien und der „Radikalen“ ist hier noch geringer als die der „Radetten“.

Die Genen an der Arbeit.

Petersburg, 12. Juni. Da das Kriegsgericht in Riga neuerdings sieben Personen, darunter den Provinzrath Kubinlein, zum Tode verurteilt hat, wurde unter den Dumamitgliedern ein Aufruf verteilt, in welchem dieselben aufgefordert werden, eine Adresse zu unterschreiben, welche an den Zaren gerichtet werden soll. In dieser Adresse wird der Zar gebeten, er möge, um zur Verabfolgung der Bevölkerung beizutragen, von seinen Herrscherrechten Gebrauch machen und die Vollstreckung der in der letzten Zeit gefällten Todesurteile bis zu dem Augenblicke verschieben, wo die Reichsduma mit der Reorganisation des russischen Strafsystems auf Grund des Volksgewissens und der russischen Rechtswissenschaft den Anfang macht.

Die A.-D. an der Arbeit.

Die schönen abstrakten Grundzüge des labettischen Programms beginnen nun eine greifbare Gestalt anzunehmen; aus dem Stadium vielversprechender Worte treten sie ins Stadium von Gesetzesprojekten, die der Duma zur Beratung vorgelegt werden. Aus den langen Reihen der trockenen Paragraphen tritt uns der „Radett“ in seiner ganzen Lebensgröße, wie er lebt und leidet, entgegen. Zwei Seelen wohnen, ach! in seiner Brust: die eine schwärmt für Freiheit, die andere für — Zuchthaus und Zwangsarbeit. Die eine haßt die Selbstherrschafft, die andere das — Proletariat. Die Gesetzesprojekte über Presz- und Versammlungsfreiheit legen davon beredtes Zeugnis ab. § 1 lautet stolz: „Die Presse ist frei!“ Aber weiter heißt es: „§ 129 des Strafgesetzbuches erhält folgende Fassung: „Wer sich durch Wort oder Schrift der Anstiftung 1. zu verächtlichen oder aufrührerischen Handlungen, 2. zu Widerstand gegen ein Gesetz oder eine gesetzliche Verordnung oder Befehl der Behörden, 3. zu einem anderen schweren Verbrechen schuldig macht . . . wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder . . . mit Zwangsarbeit bis zu acht Jahren bestraft.“ Die Absicht, die Arbeiterpresse zu knebeln, tritt mit genügender Klarheit zutage. Die verschwommene Fassung des Paragraphen erleichtert diese edle Aufgabe ungemein; kann denn nicht jeder Aufruf zum Kampf für den Sozialismus als Anstiftung zu einer „verächtlichen oder aufrührerischen Handlung“ gegen die bürgerliche Gesellschaft, kann nicht jede politische Demonstration, jeder politische Streik als „Widerstand gegen ein Gesetz oder eine gesetzliche Verordnung . . .“ gebedeutet werden?

Aber die „Preszfreiheit“ der A.-D. gibt nur einen schwachen Vorgeschmack von der „Versammlungsfreiheit“, die sie der Arbeiterklasse gnädigt gewähren wollen. Nicht nur, daß das Recht, Straßenmeetings und Umzüge abzuhalten — ein Recht, welches das Proletariat trotz unzähliger Opfer zu behaupten verstanden hat — unter dem Vorwande der „Anrechterhaltung des Straßenverkehrs“ aufgehoben gemacht werden soll, werden auch die Versammlungen auf Gnade und Ungnade der Polizeivillkür ausgeliefert: Eine Versammlung kann vom Beamten sofort aufgelöst werden, wenn sie

einen die öffentliche Ruhe und Sicherheit un-mittelbar gefährdenden Charakter annimmt“. Dies ist ein Kautschukparagraph salinmier und berichtigter Sorte, der die Willkür der Polizei sozusagen zum Prinzip erhöht und selbst im reaktionären preußischen oder sächsischen Versammlungsrecht seines gleichen sucht. Wenn die Versammelten der Aufforderung des Beamten, sich zu zerstreuen, nicht Folge leisten, so können, wie die A.-D. sich vorzüglich ausdrückt, „Zwangsmittel“ angewendet werden. Alle Redner, die in ihren Ausführungen sich gegen das Strafgesetzbuch vergangen haben, — auch hier muß insbesondere wieder des berichtigten § 129 gedacht werden — sowie alle Preszländer gehören vors Gericht, aber beiseite nicht vor die Geschworenen, sondern vor die durch ihre „Unabhängigkeit“ so rühmlichst bekannten Kronrichter!

Aber in einer Beziehung wenigstens muß man den A.-D. Gerechtigkeit widerfahren lassen: Sie lagen offen heraus, daß der ganze Kautschukapparat nur des Proletariats wegen projektiert ist; denn für sich fordern sie ungeführte Agitationsmöglichkeiten: Die von Regierungsbehörden und den der Lokalen Selbstverwaltung angehörenden Personen einberufenen Versammlungen dürfen — laut dem Gesetzesprojekt der A.-D. — unter keinen Umständen aufgelöst werden. Das setzt dem Werke die Krone auf! Für die Bourgeoisie, für die A.-D. volle Versammlungs- und Preszfreiheit, für das Proletariat Zuchthaus und Zwangsarbeit, Kagaika und Sabelhebe, Auflösung der Versammlungen nach dem Belieben eines ungebildeten, rohen Polizeimannes, schändlichste, unerböhrteste Klassenjustiz nach sächsischem Muster! So sieht es mit der „Freiheit für alle“ nach dem Sinne der A.-D. aus! Der Mantel der Volksheldentum, den sie sich umhängen, ist doch zu fadenheilig, um den Pferdeschweif der bourgeoisen Arbeiterfeindschaft zu verdecken.

Absonderung der Arbeitsgruppe von der A.-D.-Partei.

Zwischen der erst seit einiger Zeit in der Reichsduma bestehenden außerordentlichen Arbeitsgruppe und der A.-D.-Partei haben sich die Verhältnisse in den letzten Tagen derart zugespitzt, daß man in den Wandelgängen der Reichsduma schon jetzt von einer bevorstehenden Absonderung der Arbeitsgruppe von der A.-D.-Partei spricht. Die Anhänger der Arbeitsgruppe geben sich bei jeder Gelegenheit — und bei der jetzigen Beratung der Agrarfrage erst recht — die größte Mühe, sich nicht nur von dem Einflusse der „Radetten“ zu befreien, sondern auch überall, wo es nur angänglich ist, gegen die A.-D.-Partei zu arbeiten. So hat sich jetzt die Mehrzahl der Arbeitsgruppe dahin geeinigt, gegen die in der Reichsduma auftretenden russischen Minister Obstruktion zu veranstalten, trotzdem die „Radetten“ sich ganz entschieden dagegen aussprechen. Mit besonderer Energie bearbeiten die Führer der Arbeitsgruppe diejenigen ihrer Mitglieder, die so sehr unter dem Einflusse der A.-D.-Partei stehen, daß sie es bei der Lösung einer jeden Frage noch wie vor für notwendig erachten, zu empfehlen, sich zunächst mit der A.-D.-Partei in Verbindung zu setzen und eine Verständigung mit ihr herbeizuführen.

Die Unzufriedenheit der Arbeitsgruppe mit der A.-D.-Partei geht so weit, daß man jetzt sogar den Reichsdumapresidenten Pluronzew der Parteilichkeit bezichtigt und ihm heftige Vorwürfe darüber macht, daß er die „Radetten“, so scharf sie auch sprechen mögen, weder zur Ordnung rufe noch unterbricht, während er bei den Rednern der Arbeitsgruppe und den „Wilden“ sichtlich eine andere Taktik verfolgt. Ein derartiges Verhalten des Reichsdumapresidenten aber, so behaupten die Mitglieder der Arbeitsgruppe, wirkt terrorisierend auf die Reichsdumamitglieder der Bauernpartei, die sich schon öfters dahin geäußert haben, daß sie sich vor den Klagen des strengen Präsidenten fürchten.

Da die Arbeitsgruppe gerade in den letzten Tagen schon mehrfache Siege davongetragen hat und ihr Ansehen in der Reichsduma immer mehr wächst, so würde ihre Absonderung von der A.-D.-Partei einen ziemlich harten Schlag für diese bedeuten.

Die Arbeitslosigkeit.

Man schreibt uns aus Moskau: Hier verbreitet sich die Arbeitslosigkeit immer mehr. Es bildete sich ein Arbeitslosenrat. Am 8. Juni fand ein Meeting von mehr als 1000 Arbeitslosen statt, auf dem folgende Resolution gefaßt wurde. 1. Die Stadtverwaltung ist verpflichtet, unbeschäftigte an die Organisation der öffentlichen Arbeiten zu schreiben. 2. Die Stadtverwaltung ist verpflichtet, ein Lokal für Arbeitslosenversammlungen einzuräumen. 3. Die Stadtverwaltung muß den Bevollmächtigten des Arbeitslosenrates in allen Stadtkommissionen wegen der Arbeitslosenfrage eine entscheidende Stimme gewähren. 4. Die beschäftigten Arbeiter müssen für Verkürzung der Arbeitszeit und gegen die Ueberstunden einstreiten.

Die Gärung im Heere.

Petersburg, 12. Juni. (B. S.) Verschiedene Dumamitglieder sind informiert worden, daß unter dem Regiment Jeles, welches in Poltawa garnisoniert, eine Meuterei ausgebrochen sei. Die Artilleriebrigade des Regiments Serstky habe eine Abordnung nach Jeles geschickt, um den Meutereern ihre Sympathie auszudrücken. Die Ordnung wurde wieder hergestellt, nachdem den Truppen in verschiedenen Punkten, die zu Klagen Anlaß geboten hatten, Gernugung gegeben war.

Verhaftete Offiziere in der Peter-Pauls-Festung.

Die „Dwabz, Wel“ mitteilt, sind folgende Offiziere in der Peter-Pauls-Festung interniert worden: der Oberst des Generalstabes Nowitzki, der Kapitän des Gardeartilleriebataillons Gervais, Graf Mantzuffel und Leutnant Sturuzow vom Regiment Garde zu Pferde, Graf Toll vom Manenregiment, Kapitän Schbin, Oberstleutnant Schubedi u. a.

Berichtigung. Im Artikel „Die Agrarfrage und die Sozialdemokratie“ in der gestrigen ersten Beilage (Spalte 1) sind ein paar Worte ausgefallen. Es muß im zweiten Absatz, Zeile 15 ff. heißen: „Als Maximalforderung gilt die Uebergabe aller Kron-, Fiskus-, Kirchen- und Klosterländereien sowie des Privatgrundbesitzes mit Ausnahme des kleinen in die Hände der auf demokratischer Basis gewählten Selbstverwaltungsorgane.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juni.

Meuterei unter den deutschen Truppen in Südwestafrika?

Vom Ende April werden uns eine Reihe Briefe deutscher Südwestafrika-Kämpfer zur Verfügung gestellt, die übereinstimmend bestimmte Andeutungen über ernste Fälle von Meutereien unter den deutschen Truppen machen.

So wird unter anderem auch ein sehr ernster Fall mitgeteilt, bei dem es sich darum handelt, daß von Soldaten ein Wachtmeister blutig gehauen und ein Offizier erstochen worden sein soll. Die Meuterer seien Soldaten gewesen, die ihre Zeit, für die sie sich freiwillig nach Südwestafrika gemeldet hätten, nach ihrer Ansicht längst abgedient hätten und trotzdem nicht in die Heimat entlassen worden wären; im Gegenteil seien sie stark von den Offizieren schikaniert worden.

Ueberhaupt wird in den uns vorliegenden Briefen viel über Soldatenmishandlungen der Vorgesetzten geklagt, die zum Teil auch schon ihre Abwendung durch Pensionierung und arbeitslose Ueberführung nach Deutschland gefunden hätten. Ueber diese Verhältnisse ist ja auch sonst schon in der deutschen Presse und im Reichstage verschiedenes bekannt geworden.

Es wird Sache der Regierung sein, die allein die Möglichkeit und die Pflicht dazu und doch auch wohl Interesse daran hat, diese positiven Andeutungen klarzustellen. Wir selbst können, aus sehr naheliegenden Gründen, nur angeben, daß die Ereignisse vom April dieses Jahres datieren.

Ueber die übrigen zahlreichen Mitteilungen, die in den Briefen über die Qualen der deutschen Soldaten, über ihre schlechte Behandlung und Verpflegung, über die allgemeine Kriegsführung und im besonderen über die Behandlung der freien oder gefangenen Eingeborenen gemacht werden, läßt sich nur sagen, daß sie für alte Erfahrungen neue zahlreiche Belege bringen.

Ein erzieherisches Beispiel aber, das mitgeteilt wird, dürfte den Reiz der Neuheit haben. Als danach in Swakopmund schwarze Gefangene eingeliefert wurden, die eine deutsche Familie ermordet haben sollten, wurde ihre Strafe: Hinrichtung durch den Strang, nicht etwa von den Deutschen erduldet, sondern die schwarzen Gefangenen mußten einen Kreis bilden und zwei Schwarze mußten das Aufhängen vornehmen! —

Staat und Privatkapital gegen die Selbstverwaltung der Gemeinden.

Aus Bremerhaven wird uns geschrieben: Schon seit geraumer Zeit befindet sich die Stadt Bremerhaven im Konflikt mit der Straßenbahn-Gesellschaft. Es handelt sich um den Abschluß eines neuen Vertrages zwischen Stadt und Gesellschaft. Die Straßenbahn besitzt für ihren Betrieb noch die Konzession bis zum Jahre 1939 und zwar für alle drei Unterweserorte. Sie will nun, was bei der Ausdehnung der drei Orte, die nach Vollendung der neuen Hafenanlagen noch schnelleres Tempo annehmen wird, auch sehr notwendig ist, den elektrischen Betrieb an die Stelle des Pferdebetriebes setzen. Dazu bedarf es eines neuen Vertrages und nichts war natürlicher, als daß die drei Gemeinden alles daran setzten, Bestimmungen in den neuen Vertrag hineinzubekommen, die die argen Mißstände beseitigen, die bisher im Straßenbahnbetrieb bestanden. Die Straßenbahngesellschaft lehnte jedoch jegliches Entgegenkommen mit einer geradezu auffälligen Schroffheit ab. Es dauerte nicht lange, so wurde ihr Verhalten erklärlich. Als die Gemeindevertretungen sich weigerten, den von der Gesellschaft vorgelegten Vertrag abzuschließen, steckte die Straßenbahn sich hinter die staatlichen Machtfaktoren und hier fand sie denn auch ein um so willigeres Ohr. Unter dem Druck der landräthlichen Bevormundung ließen schließlich die beiden preussischen Gemeinden Westermünde und Lehe sich breitschlagen, ihre kommunalen Vertretungen nahmen den Vertrag mit der Straßenbahn an. Anders in Bremerhaven. Hier ließ man sich nicht einschüchtern, auch dann noch nicht, als die Straßenbahn mit der Schöppenstedterei drohte, in Westermünde und Lehe den elektrischen Betrieb einzuführen, in dem zwischen diesen beiden Orten liegenden Bremerhaven den Pferdebetrieb zu belassen.

Der Hauptstreitpunkt waren schließlich die Bedingungen bei der eventuellen Erwerbung der Straßenbahn nach Ablauf der Konzession — die man übrigens auf 50 weitere Jahre verlängert verlangen — durch die Stadt, um die Ausschickbehörde und um den Tarif. Der jegliche Charakterisierte durch den Umstand, daß man in den Unterweserorten im Durchschnitt auf der Straßenbahn sechsmal so teuer fährt als z. B. in Bremen. Die Stadtvertretung hatte ursprünglich die Einführung des Zehnpreimtarifs gefordert, sie begnügte sich schließlich mit dem Zwanzigpreimtarif für die drei Ortschaften. Die Straßenbahn aber bestand auf Beibehaltung des jetzigen Tarifs. Erst nach zwei Jahren sollte er einer „Revision“ unterzogen werden, aber auch nicht durch die Stadtvertretung, sondern von der Straßenbahn gemeinsam mit den staatlichen Behörden. Bestimmte Normen für diese Revision waren ebenfalls nicht festgelegt.

Als die Straßenbahn dann definitiv bei der Stadt Bremerhaven abgeblüht war, erhob sie Beschwerde beim Bremer Senat. Und der Senat der Meeder und Pfaffen zeigte sich um kein Atom besser als der Senat der Junker und Pfaffen. Der Bremer Senat stellte sich vollständig auf die Seite der Straßenbahngesellschaft. Ein Abgesandter des Senats, ein mit der Machtvollkommenheit eines kleinstaatlichen Ministers ausgeschatteter Senator erschien in einer Sitzung des Stadtverordnetenkollegiums und erklärte hier kurz heraus, der Senat erwarte, das Kollegium werde den Vertrag in der vorliegenden Gestalt akzeptieren. Geschehe das nicht, so werde der Senat alle Bedingungen mit der Straßenbahn ohne weiteres festsetzen, ohne dabei der Beschlüsse der städtischen Kollegien zu bedürfen.

Das war der langen senatlichen Rede kurzer Sinn. An Deutlichkeit ließ er nichts zu wünschen übrig. Der Senat verfiel die Interessen der profitwütigen Aktionäre und die Interessen der Gemeinde und der Gemeindegemeinschaften bekommen einen Fußtritt. Mit dieser Erklärung war natürlich die Sache auf die Spitze getrieben. In der nächstfolgenden Sitzung der Gemeindefolge wurde gegen die Eingriffe in die Rechte der Stadt, gegen die Herabsetzung der kommunalen Selbstverwaltung scharfe Verwahrung eingelegt. Das Ansehen des Senats, den Vertrag mit der Straßenbahn zu akzeptieren, wies das Kollegium mit großer Majorität zurück.

Wie der Konflikt nun enden wird, läßt sich heute noch nicht sagen. Gegen die immer häufiger werdenden Eingriffe der reaktionären Staatsgewalt — und die „freie Republik“ Bremen zeigt sich hier genau so reaktionär wie der Polizeistaat Preußen oder

Sachsen — in die städtische Selbstverwaltung muß in der entschiedensten Weise Front gemacht werden. —

Deutsches Reich.

Der heilige Paasche auf dem Kriegspfade.

Die Wöde, die im Stall die friedlichsten sind, sind im Freien die wildesten; das ist eine ebenso alte Erfahrung wie die, daß bürgerliche Politiker dort, wo sie politische Macht besitzen und anwenden können, in reaktionärer Ruhe verharren, während sie an anderen Orten, wo sie nicht verantwortlich sind und keine direkte Macht haben, etwas durchzuführen, sich sehr beweglich zeigen und auch in der Kritik einigen Mut zeigen.

So hat kürzlich der heilige Paasche, der im Reichstage bekanntlich zu den gerietensjäh Einseitigern jeder reaktionären Vorlage gehört, auf dem nationalliberalen Parteitag für Schleswig-Holstein eine lange Rede gehalten, die beinahe oppositionellen Klang und wenigstens in zwei Punkten unsere volle Zustimmung fand. Das eine Mal stimmten wir mit Herrn Paasche in dem überein, was er über die weltpolitische Lage Deutschlands sagte:

„Auch dürfte man sich darüber nicht täuschen, daß trotz aller heißen Bemühungen, vielleicht gerade wegen dieser Bemühungen, die augenblickliche Lage Deutschlands mit einer splendid isolation viel Aehnlichkeit habe. Daran ändere auch der Wiener Besuch und der jüngste Depeschwechsel nichts. . . .“

Ran sieht: ein verhältnismäßig hoher Grad politischer Erkenntnis. Auch das Urteil über unsere gloriose Kolonialpolitik läßt sich hören:

„Das Facit der Kolonialpolitik sei ein trauriges. Zwei große Mißstände hätten unendliche Opfer an Blut und Gut gefordert und das Ende sei noch nicht abzusehen. Es sei Zeit, daß man endlich aus der Vergangenheit lerne, daß in den Kolonien eine konzentrierte wirtschaftliche Arbeit die bürokratische Verwaltung ablöse und die Abgabengebiete nicht weiterhin die Ablagerungsorte für verkrachte ablige Existenzen sei. Das Zivil-Regieren, das ewige Kommandieren, der häufige Wechsel der Beamten habe das Erziehungswert der Eingeborenen erschwert.“

Was diese beiden Urteile betrifft, so kann man nur wünschen, daß Herr Paasche sie auch dort betritt und in die Praxis umsetzt, wo er mehr oder weniger etwas zu sagen hat, also zum Beispiel innerhalb seiner Fraktion. —

Der Wolsch.

Die rasch heutzutage Kriegsschiffe ihren Geschichtswert verlieren, davon ist nach dem „Army and Navy Journal“ die britische Marine ein beweiskräftiges Beispiel. Nach einer am 15. Mai dem englischen Parlament zugegangenen Zusammenfassung sind seit 1902 aus der Flottenliste gestrichen worden: 8 Schlachtschiffe, 10 Panzerkreuzer, 3 geschützte Kreuzer. In der gleichen Zeit wurden 3 Schlachtschiffe, 10 geschützte Kreuzer in die Klasse niedrigsten Geschichtswertes zurückgeschickt. Dafür aber begann in diesen Jahren die Admiralität den Bau von 13 modernen Schlachtschiffen, 18 Panzerkreuzern, 4 geschützten Kreuzern.

Diese ungeheuer schnelle Verpulverung von Hunderten von Millionen durch Außerbetriebstellung von Schiffen ist wie in England bekanntlich auch in Deutschland eine notwendige Erscheinung. Hand in Hand mit ihr geht durch die sich förmlich überstürzenden Entdeckungen der Marinetchnik die Erscheinung, daß Entwürfe, die eben noch eine neueste Erfindung bedeuten, nach ihrer Ausführung schon wieder überholt und damit völlig unbrauchbar sind.

Auch sonst ist die moderne militärische Technik eine Schraube ohne Ende, deren Wirkungen nach unendlichen Seiten ausstrahlen. Gerade jetzt bringt die Presse auch die Nachricht, daß durch die Größensteigerung der Schlachtschiffe eine Erweiterung des Nordostsee-Kanals geplant sein soll, die angeblich das nette Stämmchen von 200 Millionen Mark erfordern wird! —

Die württembergische Verfassungsreform. Aus Stuttgart wird vom 12. Juni durch Wolffs Bureau telegraphiert:

Die Abgeordnetenkammer begann heute die erneute Beratung der Verfassungsreform. Sie beharrte, entgegen den Beschlüssen der Kammer der Standesherren, mit 75 gegen 5 Stimmen auf der Zufassung von 17 Abgeordneten auf dem Wege der Verhältniswahl. Der hierzu eingebrachte Zentrumsantrag, die Verhältniswahl nicht im ganzen Lande, sondern nur in vier Kreisen des Landes vorzunehmen, wurde mit 63 gegen 17 Stimmen abgelehnt. Roms der Regierung erklärte Ministerpräsident Dreiling, die Regierung gebe mit schweren Herzen in der Frage der Zufassung nach, aber vorbehaltlich der Entscheidung über die Frage, ob Landes- oder Kreisverhältniswahl, sowie über die Zahl der Zufassungsgewählten. —

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurden die Bestimmungen über das Recht des Königs zur Ernennung erblicher Mitglieder der Ersten Kammer mit 60 gegen 7 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen abgelehnt, die über die Wahl von acht Ritterschaften mit 60 gegen 26 Stimmen angenommen, desgleichen die über die Wahl von acht Berufsvertretern statt vier mit 58 gegen 26 Stimmen. Das Ernennungsrecht der Krone für die Berufsvertreter wurde mit 68 gegen 10 Stimmen angenommen, desgleichen das 25. Lebensjahr für die Wahlberechtigten statt des 30. mit 62 gegen 22 Stimmen. Die Bestimmung, wonach der Wohnsitz der Standesherren in Württemberg sein muß, wurde mit 63 gegen 10 Stimmen abgelehnt, dagegen die Bestimmung, daß der Wohnsitz im Reiche sein muß, mit 63 Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen angenommen. —

Der zweite Malprozess der Dresdener „Volkswacht“.

Die Aufreizungsanklage, die gegen den Genossen Albert von der „Volkswacht“ wegen seiner Rede erhoben worden war und die ihnen sogar einige Tage Untersuchungshaft eintrug, wurde dieser Tage vor der Dresdener Strafkammer verhandelt. Es war ein großer Apparat aufgedeckt, 18 Zeugen waren geladen, darunter Professor Werner Sombart, der Redakteur Winkler von der „Vorgengzeitung“, die Genossen Klich und Radlof von der „Volkswacht“, sowie mehrere Teilnehmer der aufgelösten Versammlung und der Polizeikommissar Kuntz, der sie überwachte und mit einer hetrographischen Aufnahme der Rede dem Sänder das Feuer heiß machen sollte. Es war aber nichts. Das Stenogramm erwies sich als ein kleines, etwa fünf Minuten in Anspruch nehmendes Referat, das der Beamte hergestellt hatte, indem er einige von ihm notierte Stichworte nachträglich aus dem Gedächtnis in einen Zusammenhang gebracht hatte, wie er dem Bedenken eines Polizeikommissars entspricht, der aber deshalb nicht der Rede war, die 35 Minuten gedauert hat. Trotzdem wurde dieses „Stenogramm“ zur Grundlage der Beweisaufnahme gemacht. Aus der Vernehmung des Angeklagten ist interessant seine Erklärung, daß er den gleichen Vortrag in ähnlicher Form vorher schon in sieben oder acht Gewerkschaftsversammlungen gehalten habe, ohne daß ein überwachender Beamter etwas Ungelegliches darin fand. Er habe die alte Disposition benutzen müssen, da er um die Zeit vor dem 1. Mai außerordentlich stark beschäftigt war.

Wir haben aus der Vernehmung die folgenden Stellen heraus: Vorhändler: Warum aber zum Schluß der Hinweis auf das unglückliche Rußland, wo man doch nicht bloß gegen den Jargonismus gekämpft hat, sondern wo bekanntlich auch Fabrikbesitzer, Gutsbesitzer und Kaufleute, wenn sie die Forderungen ihrer Arbeiter nicht bewilligten, totgeschlagen worden sind. Warum verweisen Sie da auf die „Söldentaten unserer russischen Brüder“?

Angeschlagter: Jene Greuelthaten, die Sie, Herr Vorsitzender, meinen, sind nicht von den Revolutionären verübt worden, sie haben zu Urhebern die „Schwarzen Hundert“, jene von der Regierung zu Provolationen gedungenen Horden, die auch feinerzeit die Judenmegeleien ins Werk gesetzt haben.

Vorsitzender: Wenn nun ein einfacher ungebildeter Arbeiter zugehört hat, dann wird er doch sicherlich die Worte: Eine Grenze hat Tyrannemacht, sich eingeprägt haben.

Angeschlagter: Der „ungebildete“ Arbeiter weiß ja gar nicht erst, was Tyrannen sind. (Heiterkeit im Zuhörerraum. Der Vorsitzende gebietet Ruhe.)

Professor Sombart sollte auf Antrag der Verteidigung als Zeuge und Sachverständiger über Wesen und Ziele der Sozialdemokratie Auskunft geben.

Er gab an, daß er sich die Untersuchung der Arbeiterfrage zur Lebensaufgabe gemacht habe. Zur Sache könne er natürlich nur auf die programmatischen Schriften der Sozialdemokratie hinweisen. Danach ist das Wesen der heutigen Sozialdemokratie ein reformistisches, evolutionistisches. Die Idee des plötzlichen Gewaltstreichs ist im Prinzip fallen gelassen worden. Das politische Testament Engels, des Mentors der gesamten internationalen Bewegung, hat im Prinzip sich ausdrücklich von der Gewalttheorie losgelöst, indem er ausgeführt habe, daß wir, die revolutionären Umstürzler, am besten bei unserer Bescheidenheit geblieben.

Bei der Frage, weshalb die Arbeiter den 1. Mai feiern, kam es zu einer bemerkenswerten Episode, über die die „Volkswacht“ folgendermaßen berichtet:

Sombart: Der erste Mai soll laut Beschluß des internationalen Arbeiterkongresses von 1889 eine Demonstration zur Erinnerung des achtstündigen Arbeitstages in allen Kulturländern sein.

Vorsitzender: Aber die Arbeiter haben doch längst den Achtstundentag in den meisten Ländern!

Sombart (erschrocken lächelnd): Aber nein!

Vorsitzender: Aber doch in vielen Ländern?

Sombart: Nein, nein! Im Gegenteil. Der demnächst von bürgerlicher Seite nach Genf einberufene internationale Arbeiterschuttkongress muß erst noch den elfstündigen Arbeitstag als Maximalarbeitstag fordern!

Vorsitzender: „So“?

Welch' unbelannte Welt den meisten deutschen Richtern die Arbeiterbewegung ist, das zeigen die Äußerungen des Vorsitzenden mit unübersehbarer Klarheit.

Der Staatsanwalt hielt eine verhältnismäßig gesunde Rede — wir sind wenigstens von Leipzig, Erfurt und Magdeburg andere Leistungen gewohnt geworden —, beantragte aber immerhin drei Monate Gefängnis.

Das Gericht erlachte auf dreihundert Mark Geldstrafe und zwar wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze (§ 111, Absatz 2); den Rauschparagrafen 190, Aufreizung zum Klassenhaß, fand man nicht anwendbar, da nach Ansicht der Richter der Angeklagte nicht zu Gewalttätigkeiten gegen die bestehende Klasse, wohl aber zum Widerstand gegen Organe des Staates, vor allem gegen die Polizei aufgereizt habe. Diese Feststellung haben die Richter aus dem famosen „Stenogramm“ und vor allem aus dem Hinweis auf Rußland gezogen. Von einer Gefängnisstrafe sei „auch diesmal noch“ abgesehen worden, weil Albert sich in Aufregung befunden und unter den Einwirkungen einer nervösen Erkrankung gestanden habe.

Die Kritik des Prozeßes ist in dem enthalten, was wir zu all den neuerlichen Aufreizungsprozessen sagen mußten. Wir brauchen nicht zu betonen, daß die Verurteilung wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze ein nicht minder großer Rechtsbruch ist, wie jene waren, die wegen Aufreizung zum Klassenhaß erfolgten. Aber mehr als Rechtsirrtümer kann man in politischen Prozessen von Gerichten des Kaiserreiches auch kaum verlangen.

Von der sächsischen Justiz.

Leipzig, 12. Juni. (Telephonischer Bericht.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des Genossen Kressin, der am 1. März vom Leipziger Landgericht wegen Verleibigung des sächsischen Königs zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Die Verleibigung war gefunden worden in der Beilage „Aber-tinische Profile“, die der Nr. 16 vom 20. Januar beigelegt hat. Das Landgericht hatte feinerzeit in der Urteilsbegründung gesagt, daß zwar der sächsische König nirgends genannt wäre, daß aber das Motto sowie die Ueberschriften „Die polnischen Auguste“, „Der sächsische Ministertyp“ usw. zu einem Vergleich mit dem jetzigen sächsischen König drängen. Dieser Auffassung hat sich auch heute der IV. Strafsenat des Reichsgerichts angeschlossen und die Revision verworfen.

Gleichfalls verworfen wurde die Revision des Genossen Niem von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, der ebenfalls zu 6 Monaten Gefängnis und außerdem zu 600 M. Geldstrafe verurteilt worden war. Die Verurteilung war ausgesprochen worden wegen Verleibigung der Zeitung des Garnisonlagareits in Dresden und wegen Verleibigung der Firma Biesold u. Lode in Meissen. —

Kulturbekate im badischen Landtage. Die Zweite Kammer Baden begann am Montag die Beratung des Kulturbudgets. Abg. Obkircher (natl.) begründete die durch die Kommission vorgenommene Streichung von 15 000 M. als Beitrag für das theologische Konvikt in Freiburg, von 20 000 M. für die Schulden-tilgung des theologischen Konvikts und von 6000 M. für Stipendien für die in Heidelberg studierenden Protestanten. Die Mehrheit der Budgetkommission könne eine Verpflichtung zu dieser Beitragsleistung seitens des Staates nicht anerkennen. Ferner begründete der Redner die Interpellation über die Wahlumtriebe katholischer Geistlicher. Diese Tätigkeit sei besonders bei den letzten Wahlen hervorgetreten, sie werde sogar von der Kirchenoberbehörde geduldet. Wohlwollende Wahnungen des Ministeriums an diese Behörde seien erfolglos gewesen. Festgestellt seien Mißbräuche auf der Kanzel, im Reichstuhle und bei der Kommunikation. Er bitte, daß die Regierung dagegen Einspruch erhebe. Auf die Interpellation antwortete Staatsminister v. Dusch mit einem Rückblick auf die gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Disziplinargewalt über Geistliche seit 1880 und betont, daß das gewonnene Verfassungsmaterial der Kirchenbehörde mitgeteilt und daß eine entgegenkommende Stellungnahme der Kirchenbehörde nicht ausgeschlossen sei. — Abg. Kopf (Z.) begründete sodann den Antrag auf Aufhebung der gesetzlichen Bestimmung, nach der Geistliche, die bei Wahlen durch ihre Autorität einzuwirken suchten, mit Geldstrafen von 60 bis 600 M. bestraft werden. Diese Bestimmung charakterisierte sich als Ausnahmegesetz, dessen Aufhebung im Interesse der Rechtsicherheit und Rechtsgleichheit zu verlangen sei. — Staatsminister v. Dusch erklärte, man solle die Entscheidung des Reichsgerichts abwarten, die in dem Konstanzer Urteil angedeutet sei. Vor den Entscheidung des obersten Gerichtshofes in dieser Frage sei die Regierung nicht in der Lage, dem Antrage zuzustimmen.

Am Dienstag begründete Genosse Abg. Eichhorn den Antrag auf Trennung von Kirche und Staat; sie bedeute Vertiefung der Religion und habe die wahre Religion zur Voraussetzung. Auch im Interesse der Religion selbst sei die Trennung geboten. — Abg. Fehrenbach (Z.) führte aus, eine Trennung dieser beiden Faktoren sei für dieselben mit der größten Gefahr verbunden. Redner tadelt sodann die Regierung wegen ihrer unentschlossenen Haltung der Klosterfrage gegenüber. Was die Streichung der beiden Budgetposten angehe, so handle es sich um eine direkte Verpflichtung des Staates, welche bei der Forderung für die Heidelberger Theologen nicht vorliege. Die Interpellation des Abg. Obkircher sei einseitig; sie richte sich nur gegen die katholische Geistlichkeit; der Ton der Regierungsberichterstattung beweise, daß der Minister den Kampf nicht anstrebe. — Staats-

Minister Freiherr v. Dusch bedauerte die Streichung der beiden Budgetposten. Der Antrag Eichhorn werde von der Regierung entschieden abgelehnt. Bei den Erhebungen des Ministers des Innern habe es sich nur um eine Pflicht der Regierung gehandelt. In der Frage der Klöster habe die oberste Kirchenbehörde in der letzten Zeit einen Standpunkt eingenommen, der eine Verständigung ausschliesse. Die Sitzung wurde unterbrochen.

„Wählt mich, dankt wird der Schnaps billiger!“ Durch die Verhaftung, er habe also um sein Mandat gewonnen, fühlt sich der antisemitische Reichstagsabgeordnete Böckler schwer gekränkt. Er hat daher, wie die „Deutsche Reform“, das Organ des Abg. Zimmermann mitteilt, sowohl gegen den nationalliberalen Parteisekretär Dr. Kipper, der ihm die Neuerung zuerst zugeschrieben hat, sowie gegen die verantwortlichen Redakteure der „Platower Zeitung“ und der „Freien Deutschen Presse“, die diese Neuerungen übernommen hatten, Beleidigungsklage angehängt.

Ausland.

Oesterreich.

Vor dem Massenstreik.

In sieben Niesen-Volkshausvereinigungen vereinigte sich am Montagabend Wiens Sozialdemokratie. Das Thema lautete: „Die Verschleppung der Wahlreform.“ Die Arbeitererschaft der Hauptstadt Oesterreichs gelobte unter ungeheuren Enthusiasmus, auf den leisesten Wink ihrer Führer sofort bereit zu sein, den Massenstreik zu beginnen.

Wiens Proletariat hat längst bewiesen, daß es gewohnt ist, seinen Worten die Tat folgen zu lassen! —

Lüger Lueger.

Wien, 12. Juni. In der heutigen Sitzung des Gemeinderates erklärte Bürgermeister Lueger vor Eintritt in die Tagesordnung, daß er die nötigen Erhebungen über die Vorfälle, die sich am Sonntag in der Donngasse abgespielt haben, angestellt habe. Demzufolge hätten die vorüberziehenden Personen, die an der Versammlung teilgenommen, nicht gewußt, daß Sonntag dort eine Delegationsitzung stattfand. Sie seien durch verhöhlende Gesellen und Herabwürdigen von dem Gebäude in der Donngasse in Aufregung geraten. Er, der Bürgermeister, müsse, trotzdem diese bedauerlichen Provokationen zum mindesten ein Entschuldigungsgrund seien, doch diese Vorgänge, die aber keine wie immer geartete politische Spitze hatten, aufs tiefste bedauern und mißbilligen. —

Frankreich.

Die Proletarier-Krankheit.

Eine Kusschen erregende Mitteilung machte Grégoire, der Direktor der Pariser Wäderschule: Er erklärte am Sonntagvormittag in einer Pariser Versammlung, an der mehr als 1200 Wäder teilnahmen, daß von den 400 000 französischen Wädern über 280 000 tuberkulös seien!

Wir haben neulich von einigen Teilergebnissen der großen deutschen Wäder-Enquete Notiz genommen. Deren Gesamtergebnis dürfte für Deutschland kaum ein erfreulicheres Gesundheitsverhältnis feststellen als bei den französischen Wäderproletariern. —

Das Regierungsprogramm.

Der französische Ministerpräsident Sarrien gab am Dienstag in der Kammer das Programm der Regierung bekannt. Aus seiner Rede heben wir hervor:

Die Regierung werde vor dem Senat das Gesetz betreffend die Alterspensionen der Arbeiter verfechten. Es werde eine Vorlage betreffend die Reform des Gesetzes von 1810 über das Verpfändwesen eingebracht werden; bei künftigen Konzeptionsverhandlungen werde eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter vorgeschrieben werden. Die Erklärung jähli sodann verschiedene Vorlagen, die zugunsten der Landwirtschaft eingebracht werden sollen, auf, und fügt hinzu, die Regierung werde es sich angelegen sein lassen, die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonien zu beschleunigen, in dem ihnen eine wirksame Verwaltung, gutes Finanzwesen, strenge und rasche Rechtspflege gesichert wird. Die Erklärung erinnert sodann an die Darlegung über die auswärtige Politik, die die Regierung bei der Bildung des Kabinetts gegeben habe, eine Politik, die den Geist der Gerechtigkeit und des Friedens bekräftigt habe, in dem Frankreich die verschiedenen der Nation gestellten Probleme im Auge fasse. Die Regierung habe diese Politik getreu befolgt; namentlich in der Marokkofrage habe sie die Genußnahme gehabt, von allen die Neutralität Frankreichs und sein Recht der gegenseitigen Rechte und Pflichten der Nationen anerkannt zu sehen. Die Regierung gedenke diese Politik fortzusetzen, deren Weisheit die für alle ehrenvolle glückliche Lösung der Konferenz von Algiciras bewiesen habe. . . .

Italien.

Giolitti's Antrittsrede.

Rom, 12. Juni. (S. L. M.) (Deputiertenkammer.) Auf Vorschlag des Präsidenten Biancheri, dem sich Ministerpräsident Giolitti anschließt, genehmigt das Haus einstimmig den Antrag, dem spanischen Volke das lebhafteste Bedauern des italienischen Volkes aus Anlaß des rucklosen Anschlages auf den König und die Königin und die Glückwünsche zu ihrer Errettung zum Ausdruck zu bringen. (Beifall.) Ministerpräsident Giolitti gibt hierauf namens der Regierung Erklärungen ab. Er spricht den Wunsch aus, daß die Kammer vor den Ferien eine Anzahl Gesetzentwürfe zur Beratung stelle, welche betreffen: 1. die Maßnahmen zugunsten der südlichen Provinzen, an welchen die Regierung mehrere Verbesserungen vorzunehmen wünscht; 2. Maßnahmen für die Staatsbahnen; 3. Bau von Anstaltshäusern auf Sizilien; 4. Maßnahmen zugunsten der städtischen Schweineindustrie; 5. die Untersuchung über die Zustände in der Marine.

Ferner stellt Giolitti in Aussicht: Eine Gesetzesvorlage zugunsten der durch den Verbrauch von Schießpulver, Schaffung einer Arbeitsinspektion, Verdrängung der Bauern und der Bergarbeiter. Der Ministerpräsident führte hierzu aus: Die Regierung sei bei all ihrem Vorgehen und bei den gesetzgeberischen Reformen beständig und vor allem auf die Besserung der Lage der Arbeiterklassen bedacht. Sie werde die nationale Arbeit fördern durch Verbesserung der Verkehrsmittel, Erleichterung der Ausfuhr, rasche Verwirklichung des Wegenebes, wirksame Organisation des Eisenbahnwesens, günstige Gestaltung des Schiffverkehrs und Verbesserung des Volkswirtschafts sowie des höheren technischen Unterrichts. Ferner müßten die Arbeitsbedingungen verbessert und der Lebensunterhalt weniger kostspielig gemacht werden. . . . Drei Bedingungen seien für raschen Fortschritt auf dem Reformwege unumgänglich nötig: Friede nach außen hin, Ordnung im Innern und schlagfertige Finanzen. „Der Friede ist uns“, so erklärt Giolitti, „glücklichlicherweise durch die Bündnisse gesichert, denen wir entschlossen treu bleiben werden, sowie durch die bezügliche Freundschaft, die uns mit allen Mächten verbindet, insbesondere mit denjenigen, mit denen unsere Beziehungen häufiger und traditioneller sind. — Im Innern werden wir die Ordnung mit strenger Achtung vor dem Gesetz und allen Volkshandlungen und mit großer Unparteilichkeit in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit aufrecht erhalten. . . .“ Giolitti schloß seine Rede unter lebhaftem Beifall mit der Bitte an die Kammer: Klar anzuzupacken, ob das Kabinett auf das erforderliche Vertrauen des Parlamentes zählen könne.

Eine große Majorität ist dem Ministerium Giolitti gewiß.

Der Massenwahn in Trapani.

Rom, 10. Juni. (Fig. Ver.)

Eine für Nordländer schlichterding unerkennliche Massenwahnregung hat sich der sizilianischen Stadt Trapani bemächtigt, seitdem der dortigen Bürgerschaft die Ablehnung der Verurteilung Kasfis durch den römischen Kassationshof bekannt wurde. Der Erminister

Kasfis ist, wie erinnerlich, ins Ausland gestochen, weil ihm ein Prozeß wegen großartiger Unterschleife im Amte droht. Wegen das Urteil der Voruntersuchung, das Kasfis den Gerichten überwiegen, hatten seine Verteidiger Verurteilung eingeleitet und gefordert, daß Kasfis als Minister nicht von den gewöhnlichen Richtern, sondern nur vom Senate gerichtet werde. Wegen eines Formschlusses hat nun der Kassationshof diese Verurteilung, ohne auf die juristische Streitfrage selbst einzugehen, verworfen.

Die Nachricht von diesem Entscheid hat die Bevölkerung von Trapani ganz außer Rand und Bond gebracht. Aufgehört von der zahlreichen und wahrlich nicht uninteressierten Klientel des Erministers, berauscht von überhöhtem Lokalpatriotismus der Sizilianer, hat sich die Menge zu Straßendemonstrationen hinreißend lassen, die sich viel Blut gekostet hätten, wenn sie das Werk freilebender Arbeiter gewesen wären. —

Überall, wo das italienische Wappen zu sehen war, wurde es heruntergerissen und beschudelt. Hymnen auf Kasfis singend durchzog der Pöbel die Straßen. Alle Straßenschilder mit dynastischen Namen wurden entfernt und durch solche mit Namen der Familie Kasfis ersetzt! Aus der „Via Vittorio Emanuele“ hat man „Via Nunzio Nasti“, aus dem „Viale Regina Elena“ hat man „Viale Emilia Nasti“, aus der „Piazza Principessa Jolanda“ hat man „Piazza Emma Nasti“ gemacht! Eine Eiche, die bei der Geburt der ältesten Tochter des Königs gepflanzt worden war, hat die Menge ausgerissen und ins Meer geworfen! Auch ein Postwagen mußte die Schuld, ein italienisches Wappen zu tragen, in gleicher Weise büßen. —

Man denke ja nicht, daß diese Vorarbeiten das Werk der Straßengänge und des betrunkenen Pöbels wären. Das Signal dazu kommt von den höchsten Würdenträgern der Stadt. Die Stadtverwaltung hat in Masse ihre Demissionen gegeben und in derselben Sitzung das Bild des Königs verbrannt! Dann hat man die italienische Fahne vom Rathaus entfernt und die französische gehißt! Auf dem Balkon prangt eine Bronzestatue des diebischen Erministers.

Auch die Handelskammer hat en masse demissioniert; die mit Ordenssternen und -kreuzen gesegneten Bürger der Stadt Trapani senden ihre Dekorationen zurück. Wahrscheinlich wird auch die ganze Provinzialverwaltung ihr Mandat niederlegen.

Das in Trapani vor Anker liegende Torpedoboot Nr. 190 wurde vom Ufer aus unter Steinwürfen und Schimpfworten aufgefordert, die italienische Flagge einzuziehen. Der Kommandeur ließ die Anker lichten und das Boot außerhalb des Bereichs der Steine Anker werfen.

Im ganzen zeigen die Behörden große Langmut, was — da es sich um Kinderreien handelt — gewiß sehr am Platze ist. Zu bedauern ist nur, daß man diese Langmut anderen, nicht weniger harmlosen Ausschreitungen erregter Volksmengen gegenüber nicht betätigt.

Wie kommt es nur, daß die Demonstrationen für Kasfis die Regierung so vernünftig, die einschüchternde proletarische Demonstration dagegen so tollpöckig und unklug findet? —

England.

Die Reichstagskammer.

London, 10. Juni. (Fig. Ver.) Die Propaganda Chamberlains, die nach der Wahlüberlage von der Oberfläche verschwunden war, ist gegenwärtig in Stillen tätig und zeigt sich nur durch Symptome. So mußte der konservative Abgeordnete Sir Edward Clarke, der in der inneren Stadt Londons gewählt worden war, sein Mandat niederlegen, da er sich gegen Chamberlain wandte! Dann wird jetzt für die neue Tageszeitung „The Majority“ („Die Mehrheit“), die in 14 Tagen erscheinen soll, viel Klammere unter den Arbeitern gemacht. Man vermutet, daß die Millionäre der Tarifreform hinter dem Platze stehen, obwohl es von den liberalen Arbeiterabgeordneten empfohlen wird. Die Zeitung wendet sich vornehmlich an die Lohnarbeiter. Kein Mensch weiß, woher das Geld kommt und was die Zeitung wirklich bezweckt. —

Englisch-deutsch-französische Beziehungen.

London, 10. Juni. (Fig. Ver.)

Die „National Review“ bringt zwei Artikel, die sich mit den Beziehungen zwischen England, Deutschland und Frankreich beschäftigen. Einer ist von einem französischen Offizier geschrieben und behandelt die Vorteile, die Frankreich gegenüber Deutschland aus einem Bündnis mit England ziehen würde. Der andere Artikel ist vom Genossen Vandervelde geschrieben und beschäftigt sich auch mit der Stellung Belgiens zu den drei genannten Großmächten.

Der französische Offizier, der sehr präzis schreibt, kommt zu folgendem Schluß: „Durch eine Allianz mit England würde Frankreich von Anfang eines Krieges an die Seeherrschaft haben, ferner die wertvolle Verstärkung durch drei britische Armeekorps, schließlich den unschätzbaren Vorteil der vollständigen Mobilisierung — einschließlich der Garnisonen in Afrika — für den entscheidenden Kampf. Gleichzeitig würde Deutschland geschwächt durch machtvolle Diversionen nach der Ostsee. Frankreich aber würde die weißen Streitkräfte aller seiner Kolonien an den Kriegsschauplatz bringen und in den späteren Phasen des Krieges auch auf Verstärkungen von England rechnen können; schließlich würde Frankreich die Unterstützung der englischen Verbündeten haben: Portugal, Japan und der Vereinigten Staaten! Mit einem Worte: Eine Allianz mit England würde in jeder Beziehung vorteilhaft sein und Frankreich die Mittel liefern, einen deutschen Angriff siegreich abzuweisen.“

Vanderveldes Artikel ist eine lehrreiche Studie über die innere und äußere Politik Belgiens. Er sagt unter anderem: „Schon die einfache Tatsache, daß sich Belgien über die Rolle Belgiens in einem deutsch-französischen Kriege streiten, deutet darauf hin, daß eine Verletzung der belgischen Neutralität möglich ist! Angenommen, daß Belgien nicht imstande ist, seinen Boden zu verteidigen, so entsteht die Frage, ob nicht beim Friedensschlusse Belgien als kleiner Pufferstaat gezwungen sein wird, für einen Teil der eingeschlagenen Scheiden aufzukommen. Die Antwort auf diese Frage hängt zum großen Teile von der Haltung Großbritanniens ab und von dessen Interesse an der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit Belgiens. Großbritannien spielte eine entscheidende Rolle in der Schöpfung des belgischen Königreiches im Jahre 1830. Palmerston war es, der Holland verbanderte, die belgischen Provinzen wiedergewann, und darauf Frankreich vorantrieb, unseren Boden zu räumen. Am Vorabend des deutsch-französischen Krieges schloß die Regierung Gladstones durch die Verträge vom 9. und 11. April 1870 die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens. . . . Die Ursachen, die Großbritannien zu diesen Schritten veranlassen, sind noch wirksam. . . . Ich kann mit großer Sicherheit erklären, daß es keinen Belgier gibt, der eine Annexion Belgiens durch Deutschland nicht als das größte Unglück betrachten würde. Nicht etwa, daß wir Deutschland feindlich gesinnt wären. Im Gegenteil, wir hegen die warmsten Sympathien für das deutsche Volk, das soviel für die Entwicklung der europäischen Wissenschaft und Philologie getan hat; sodann stehen wir Sozialisten in enger Verbindung mit der deutschen Sozialdemokratie; schließlich fühlt sich die Mehrheit der Belgier — als Mitglieder der germanischen Familie — von der Sprache und den Sitten Deutschlands angezogen. Aber wenn wir alle — Sozialisten, Liberale und Konservative — das deutsche Volk lieben, so sind wir auch alle einig in der Abneigung zum deutschen Regime! Die Furcht, Unterthanen des Kaisers zu werden, den spüren deutschen Helm zu tragen und polizeilich überwacht zu werden, würde allein genügen, die Belgier zu Parriolen zu machen.“ — Vandervelde

schließt seinen Artikel mit der Hoffnung, daß die heutige Ära der Kriegsvorbereitungen und der Kriegsfurcht nicht lange dauern wird: „Obwohl die heutigen Beziehungen der Mächte einen bewaffneten Frieden und einen unblutigen wirtschaftlichen Krieg begründen, so eröffnet sich — dank den internationalen Bestrebungen des Proletariates — eine neue Ära, die den internationalen Frieden auf eine feste Basis stellen wird. Die Autorität ist im Niedergange, die Demokratie ist im Aufschwunge begriffen, und von der Entwicklung der Lehren erwarten wir die Stunde, in der die Völker das Recht haben werden, über ihr Schicksal zu entscheiden und ihren Platz einzunehmen in der großen internationalen Familie der Vereinigten Staaten von Europa und der Welt.“ —

Finnland.

Leichenverbrennung.

Helsingfors, 11. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Bischof von Borgå hat im Einvernehmen mit der hohen Geistlichkeit beschlossen, die geistliche Zustimmung zur Leichenverbrennung, die durch eine Senatsvorlage gestattet werden soll, und zur Errichtung von Krematorien zu erteilen. —

Amerika.

Ein Panama.

Aus New York wird gemeldet: Andrew C. Fields, der den „Globe Fund-Fonds“ (Wechselgeld zur Beeinflussung der Gesetzgebung) bei der Mutual-Lebensversicherungsgesellschaft verwaltete, hat gegen das Versprechen der Straffreiheit dem Staatsanwalt Jerome Mitteilungen über Gouverneure, Mitglieder der Gesetzgebender Versammlungen und Aufsichtsbearbeiter im ganzen Lande gemacht, die Geld von der Mutual-Lebensversicherungsgesellschaft erhalten haben. Die Erhebung der Anklage gegen viele der Bestochenen dürfte die Folge sein. Fields hat seine Ausföhrungen vor der Grand Jury, welche sich mit den Zuständen im Versicherungswesen beschäftigt, noch nicht abgeschlossen. —

Aus der Partei.

Strafkonto der Arbeiterbewegung. Im Monat Mai wurden an Strafen erkannt: 3 Jahre 10 Monate 15 Tage Gefängnis 1 Woche 8 Tage Haft und 8281,50 M. Geldstrafe.

Ein Gantag der Sozialdemokratie Südbayerns tagte am Sonntag und Montag in München. 23 Vereine waren durch 38 Delegierte vertreten. Der Bericht des Gauvorsandes wurde durch den Genossen Timm erstattet. Nach der lebhaften Diskussion, die sich auf die Verberkung der Presse und die Organisation bezog, hielt Genosse Bollmar ein Referat über die nächsten Landtagswahlen. Der Gantag nahm dazu folgende Resolution an:

„Nach Anhörung des informatorischen Vortrages des Genossen Bollmar erklärt der Gantag auf Grund des neuen Wahlgesetzes und unter Berücksichtigung der in Schwereinfurt gefassten Beschlüsse, mit allen Kräften in die Wahlbewegung einzutreten, besonders aber auf die Wahlkreise die Kraft zu konzentrieren, wo ein Erfolg für unsere Partei zu erhoffen ist. Zur näheren Besprechung der speziellen Wahlkreisangelegenheiten sollen vor Eintritt in die offizielle Wahlagitiation Wahlkreisbesprechungen abgehalten werden.“

Sodann wurde der Entwurf eines neuen Organisationsstatuts für die ländlichen Wahlkreise, wie er durch das neue Organisationsstatut der Gesamtpartei bedingt ist, beraten. Der Referent, Genosse Witt stellte dazu folgenden Antrag:

„In Verhinderung der Tatsache, daß die allermeisten Organisationen des Gau Südbayern nicht in der Lage sind, die mit der Leitung einer Wahlkreisorganisation verbundenen Aufgaben zu erfüllen, ferner in Rücksicht auf die Förderung der Organisation und Agitation beschließt der Gantag: die Gewählte der sämtlichen Wahlkreisvereine des Gau Südbayern mit Ausnahme jener in München und Augsburg dem Gauvorsand übertragen.“

In der Debatte wehrten sich verschiedene Delegierte ländlicher Wahlkreise gegen diese Beschränkung ihrer Selbstständigkeit. Genosse Bollmar bemerkte dazu u. a.: Mit dem neuen Statut hat man uns in den Händen schlechten Gefallen erwiehen. Es wird auch kein allzu langes Leben haben. In allen Landesteilen werden sich Änderungen notwendig machen. Ich begreife daher das Mißbehagen vieler Genossen, allein wir haben uns nach dem Parteibeschluss zu richten. . . .

Schließlich wurde das Statut gegen eine und der Antrag Witt gegen drei Stimmen angenommen. Als Vorsitzender des Gauvorsandes wurde Genosse Timm, als Kassierer Genosse Bollmar wiedergewählt; die übrigen Mitglieder wird der Vorort München bestimmen.

Was im öffentlichen Interesse liegt.

Wiederholt berichteten wir über die Forderung eines Landarbeiters auf dem ostpreussischen Gute Antlehen durch einen Inspektor. Der Fall war zuerst im „Ostpreuss. Landboten“ veröffentlicht worden, und dies hatte eine Strafverfolgung des Inspektors zur Folge, der jedoch nicht in Haft genommen und zuletzt von der Strafkammer in Insterburg freigesprochen wurde. Wie das in deutschen Landen so üblich, ist damit das Verfahren noch nicht abgeschlossen. Verstrast muß er werden, aber nicht der schiebende Inspektor, sondern der Redakteur, der die Sache an die Öffentlichkeit gebracht hat. Und so ist denn nunmehr dem jetzt in Berlin weilenden Genossen Vorchar, damaligen Redakteur des „Landboten“, die Anklage schrift zugegangen. Daran wäre nun nichts befonderes. Auffälligerweise ist es aber nicht der Inspektor, der sich beleidigt fühlt, obgleich ihn doch die Sache am nächsten angeht; sondern der Pächter des Gutes, bei dem der Inspektor bedienstet war, hat Strafantrag gestellt. Warum? Es sind über sein Verhalten gegen den angeschossenen Arbeiter ein paar nebensächliche, recht unbedeutende Bemerkungen in dem Artikel gemacht. Der Inspektor also, der geschossen und sogar einen Menschen erschossen hat, der hat an der Darstellung unseres ostpreussischen Bruderblattes nichts auszuföhren. Aber die paar Bemerkungen über den Pächter, die an der Sache selbst gar nichts ändern, die müssen gerochen werden.

Was nun aber der Sache eine Bedeutung beilegt, ist der Umstand, daß die Staatsanwaltschaft die Verfolgung, bei der es sich doch auf jeden Fall nur um eine private Angelegenheit des Pächters handelt, im öffentlichen Interesse auf sich genommen hat. Wir fragen: wenn wirklich die — wie gesagt, ganz unbedeutenden — Bemerkungen, die über den Pächter aufgestellt sind, falsch sein sollten, was hat die Gesamtheit für ein Interesse an ihrer Verstrastung? Man muß schon ostpreussischer Agrarier sein, um mit einem solchen Antrage überhaupt an die Staatsanwaltschaft zu gehen. Gewöhnliche Stierblöcke würden in solchen Fällen einfach wegen Beleidigung klagen. Ein Agrarier aber hält seine Ehre ohne weiteres für eine Staatsangelegenheit. Daß die Staatsanwaltschaft ihn nicht auf den Weg der Privatklage verweist, sondern tatsächlich im öffentlichen Interesse Anklage erhebt, zeigt, wie sehr sie in demselben Irrtum befangen ist. Außerdem hat es für den Kläger die angenehme Nebenwirkung, daß er in eigener Angelegenheit als Zeuge auftreten und eidlische Ausföhren abgeben kann, die bekanntlich von den Gerichten oft ohne weiteres als entgeltliche Beweise angesehen werden.

Ein Inschwandelder Privatkläger. Das ambulante Preßverfahren und die damit verbundene Rechtsunsicherheit wurde wieder um einen hübschen Beitrag bereichert. Der bekannte Konsumereinsammler und Sparvereinsprofessor Suchsland von Halle hatte in Frankfurt a. M. seine bekannte Rede über Konsumvereine und Sozialdemokratie gehalten. Die Frankfurter „Vollstimme“ berichtete darüber und sagte unter anderem, bezüglich der Angaben Suchslands könne man immer einige Zweifel haben, denn Suchsland sei vor Gericht in dem Prozeß gegen den Genossen Theile-Halle als Bräuderberger und Verleumder hingestellt worden. Suchsland fühlte sich durch drei Artikel beleidigt und klagte — auch zu seiner Verlegenheit, oder aus Sympathie für

Halleische Richter, oder um dem Frankfurter Redakteur die Sache möglichst schwer zu machen, das weiß man nicht) — nicht etwa in Frankfurt, sondern in Halle, wo er seinen Wohnsitz hat. Der beklagte Genosse, Redakteur Wilhelm Jander von der Frankfurter „Vollstimme“, wurde durch Rechtsanwalt Herzfeld Halle vertreten. Des Privatklägers Bruder, Rechtsanwalt Suchland, behauptete, die Klage sei in Halle zulässig, weil die Frankfurter „Vollstimme“ laut Auskunft des kaiserlichen Postamtes auch in Halle verbreitet werde. Um dies eidlich erhärten lassen zu können, hatte Suchland einfach den Genossen Redakteur Kolkenbuhr vom Halleischen „Vollstimme“ als Zeugen laden lassen, der eidlich bezeugen mußte, daß die Redaktion des Halleischen „Vollstimme“ ein Exemplar der „Vollstimme“ aus Frankfurt bezieht. Hierauf erklärte Suchland, die Verbreitung sei nachgewiesen, ganz gleich, ob hier ein Exemplar oder zehn Exemplare der „Vollstimme“ gelesen würden. Des Beklagten Vertreter, Rechtsanwalt Herzfeld, war jedoch der Ansicht, daß die Sache nicht so einfach liege. Die Versendung eines Tausch- oder Pflichtexemplars, das ein Redakteur zu seiner Information bedürfe, könne doch nicht als Verbreitung angesehen werden. Das Gericht verurteilte die Sache und beschloß, erneute Auskunft bei dem Postamt darüber einzuziehen, wie viel Exemplare der Frankfurter „Vollstimme“ in Halle verbreitet werden. Ueber den Ausgang der nicht uninteressanten Sache werden wir berichten.

Im Reichstags-Wahlkreis Janch-Belzig-Jüterbog-Luckenwalde, so wird uns von der dortigen Parteileitung geschrieben, liegt das Städtchen Brück. Es sind zumeist Ackerbürger und Handwerker, die dort wohnen, doch ist auch eine Anzahl Arbeiter, meist aus den Bauwerken, dort ansässig. Es ist aber bis jetzt weder der Kreisleitung noch dem örtlichen Vertrauensmann gelungen, diese Arbeiter politisch zu organisieren, obwohl eine gewerkschaftliche Organisation der Mauter am Orte ist und obwohl eine Anzahl von Bauhandwerkern aus Brück in Berlin und seinen Vororten Beschäftigung hat. Da es aber im Hinblick auf die nächste Reichstagswahl unbedingt notwendig ist, daß die Parteiorganisation auch in Brück Boden faßt, ersuchen wir die in Groß-Berlin beschäftigten politisch organisierten Bauhandwerker, auf die in Brück wohnhaften Kollegen einzutreten, damit diese sich auf ihre Pflicht als Klassengenossen besinnen und sich politisch organisieren. Dieses Ersuchen richten wir nicht nur an die in Groß-Berlin wohnhaften Genossen, sondern nicht minder auch an die in der Provinz wohnhaften, in Berlin beschäftigten Genossen aus allen anderen Wahlkreisen.

Die gestrige Erklärung des Bundes der sozialdemokratischen Les- und Diskussionsclubs enthält einen entsetzlichen Satz. Statt: „Auf seinem Artikel ist ohne weiteres zu ersehen, daß sein Artikel von sehr wenig Sachkenntnis beeinflusst ist“, ist im letzten Satzteil zu lesen: „... daß sein Urteil von sehr wenig Sachkenntnis beeinflusst ist“. Wir stellen das auf Wunsch der Einsender hiermit fest.

Strasfons der Presse. Genosse Zoos vom Gothaer „Vollstimme“ wurde vom Schöffengericht Gotha wegen Verleumdung des Amtsblattredakteurs Bierbaum zu 300 M. Geldstrafe verurteilt.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Für die Rohrleger des Metallarbeiterverbandes hatte die Verliner Verbandsverwaltung zu Sonntag nach Franke Saal in der Sebastianstraße eine Versammlung einberufen, in der abermals die Differenzen besprochen wurden, die jüngst zur Abspaltung eines Teils der Rohrlegergruppe vom Verbande geführt haben. Zutritt hatten nur solche Rohrleger und Helfer, die mit ihren Beiträgen vollständig auf dem Laufenden waren. Der zweite Bevollmächtigte, Handlke, wies einleitend auf die Schäden hin, die der Bruch aus der Abspaltung erwachsen würden. Schon jetzt lasse sich feststellen, daß die Unternehmer den entstandenen Konflikt unter den Kollegen ausnützten, um den Tarif nicht mehr in dem Maße innerzubehalten, wie es sonst der Fall sein müßte. Redner empfahl deshalb den Rohrlegern, nach wie vor im Verbande zu bleiben. In der Diskussion forderte Cohen u. a. die Erschienenen auf, doch einmal mitzutreten, was sie dem an sachlichen Beschwerden gegen die Ortsverwaltung oder gegen die Organisation als Ganzes vorgebringen könnten. Die nachfolgenden Redner beurteilten sämtlich die teilweise vollzogene Abtrennung vom Metallarbeiterverband. Duval beschränkte sich, eventuell durch Vermittlung der General-Kommission oder der Berliner Gewerkschaftskommission eine Verständigung mit der bisherigen Agitationskommission resp. mit den abgetrennten Rohrlegern anzubahnen, um womöglich auf diesem Wege wieder eine volle Einigung herbeizuführen. Er brachte auch eine in diesem Sinne gehaltene Resolution ein. Cohen vertrat den Standpunkt, diese und noch eine andere Resolution dürften nicht zur Abstimmung gebracht werden, weil sie geschäftsordnungsmäßig nicht zeitig genug schriftlich dem Bureau vorgelegen hätten. Eine vom Bureau zur Abstimmung gestellte folgende Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Sie lautet:
Die am 10. Juni tagende Versammlung der Rohrleger und Helfer beurteilt ganz entschieden die Bestrebungen ehemaliger Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, eine Zersplitterung unter den organisierten Kollegen herbeizuführen. Die Versammelten verpflichten sich, ihrer alten Organisation treu zu bleiben und mit allen Kräften weiter für dieselbe zu agitieren. Die beiden anderen Resolutionen empfahl das Bureau der neu zu wählenden Agitationskommission als Material zu überweisen, womit die Mehrheit sich einverstanden erklärte.
Zum Schluß wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß denjenigen Verbandsmitgliedern, die jetzt infolge des Konflikts aus der Organisation austreten und sich der neuen Vereinigung anschließen, ein späteres Zurücktreten mit vollen Rechten nicht möglich sein werde. Wer jetzt austrete, könne später nur als neues Mitglied wieder eintreten, soweit seine Aufnahme überhaupt zulässig sei. Es sei notwendig, die Rohrleger hierauf ausdrücklich hinzuweisen, damit sie nicht leichtfertig ihre durch langjährige Mitgliedschaft erworbenen Rechte preisgeben. Wer dann trotzdem gehen wolle, nun, der sei eben nicht zu halten.

Den Metallarbeitern und Parteigenossen zur Aufklärung.
Es ist unwar, daß die Gründung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes (Ely Berlin) von langer Hand vorbereitet ist.

Wahr ist, daß im Einverständnis, ja auf Anregung des Kollegen Wieselenthal am 16. Januar 1906 die Vertrauensleute der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend zwecks Anbahnung einer Verständigung eine Resolution einstimmig angenommen haben, in der es u. a. heißt:

Die Konferenz nimmt Kenntnis von dem Verlaufe ihres Branchenvertreter und beschließt:

1. Um die bestehenden Differenzen mit der Ortsverwaltung nicht zu verschärfen, verzichten wir, bevor die Differenz erledigt ist, auf eine Berichterstattung über die Verhandlungen wegen der Differenz.

2. Da sich auch selbst in einer Mitgliederversammlung bei der Diskussion über die Berichterstattung die Differenz vielleicht verschärfen würde, so verzichten wir auf eine Verammlung der Rohrleger und Helfer, welche nur Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind.

3. Aus diesen Gründen ist es notwendig, daß die jetzige Agitationskommission bis zur Erledigung der Differenz mit der Ortsverwaltung im Amte bleibt.

4. Um von diesem Streit innerhalb der Organisation den Unternehmern keine Kenntnis zu geben, wird hiermit der Kollege Edmund Moritz beauftragt, mit der Ortsverwaltung (bezgl. dem Kollegen

Handlke) in Verbindung zu treten, um für die Briefe an die Schlichtungskommission bis zur Neubau der gesamten Kommission die Adresse des Kollegen Moritz beizubehalten.

Daß der Kollege Wieselenthal mit uns bis zur letzten Stunde vor der Spaltung an eine Beilegung der Differenz glaubte, geht auch daraus hervor, daß er noch am 4. Mai 1906 einen Brief an den Ausschuh des Deutschen Metallarbeiterverbandes richtete, durch welchen er diesen ersuchte, seine Entscheidung, die den Ausschuhbeschluß gegen Wieselenthal aufhebt, zu veröffentlichen. Wieselenthal war also bestrebt, seine Rechte als vollberechtigtes Mitglied zurückzuerlangen.

In dieser Zeit schwebten auch auf unseren Antrag hin Vermittlungsversuche bei der Berliner Gewerkschaftskommission. Der Ausschuh der Berliner Gewerkschaftskommission war auch bereit zu vermitteln, doch die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes lehnte den Ausschuh als Vermittlungsinstanz ab. Trotzdem glaubten wir noch an eine Einigung!

Am 16. Mai 1906 ging der Kollege Wieselenthal mit dem Genossen Eugen Ernst nach dem Reichstag, um durch Konferenz mit den Genossen Robert Schmidt, Alwin Körsten und Karl Legien einen Weg zu finden, der eine Zersplitterung des Deutschen Metallarbeiterverbandes verhindern sollte.

Das Resultat war, daß sich der Genosse Legien erbot, zwecks Zurücknahme des Beschlusses, welcher die Rohrleger und Helfer am meisten erbittert hat, mit Cohen zu sprechen. Der Beschluß verbot den Rohrlegern und Helfern die Abhaltung von allgemeinen Agitationsversammlungen mit dem Kollegen Wieselenthal als Referenten.

Der Genosse Körsten erbot sich am 18. Mai 1906, nach Stuttgart zum Vorstand zu fahren und dort zu vermitteln.

Am 17. Mai 1906 erhielt der Kollege Wieselenthal nach verborener Anfrage vom Genossen Legien die Nachricht, Cohen habe erklärt, alle Beschlüsse gegen die Rohrleger und Helfer seien mit Zustimmung des Vorstandes gefaßt. Auch werde die Ortsverwaltung gegen die Mitglieder oder Vertreter, welche die Beschlüsse der Verwaltung durchbrechen, alle statutarischen Konsequenzen ziehen.

Danach war die Mission des Kollegen Körsten an den Vorstand überflüssig.

So sieht es mit der von langer Hand vorbereiteten Organisationsgründung aus!

Im übrigen wollen wir noch bemerken, daß der Ausschuh-antrag gegen Cohen begründet war mit dem Vorwurf, er habe wissentlich die Unwahrheit gesagt, und sind die Beweise dafür angeboten worden.

Metallarbeiter und Parteigenossen, nun urteilt!
Die bisherige Agitationskommission
der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend.

Der Zentralverband der Schmiede hielt am Montag eine außerordentliche Mitgliederversammlung in den Germania-Sälen ab. Menge und Schlichth erlateten den Bericht vom Verbandstage. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, aber empfohlen, in den Bezirksversammlungen die Beschlüsse zu diskutieren. — Die Wahl von vier Mitgliedern für den Verbandsausschuh wurde darauf vorgenommen und Marten, Schlichth, Wichmann und Kriening gewählt. Als Bureaubeamter wurde der bisherige Beamte Hentisch wiedergewählt. Die Wahl des Gauvorstandes für den Gau II rief eine scharfe Debatte hervor; es wurde wiederholt betont, daß in den Gauvorstand Leute gewählt werden müßten, die eine gute Agitation für den Verband zu entfalten verstehen. Unter den Vorgesetzten waren die Wahl auf Haberland, Schudauer und Schlichth.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der wöchentliche Beitrag vom 3. Juni 1906 an 70 Pf. beträgt und diejenigen Mitglieder, die über den 3. Juni hinaus Marken zu 50 Pf. gelebt haben, müssen die fehlenden 20 Pf. nachzahlen.

Zentralverband der Fleischer. In der Mitgliederversammlung vom 6. Juni referierte Genosse Schütte über: „Die Fünfte im Mittelalter.“ Dann wurde zur Sonntagstrube nochmals Stellung genommen. Krause führte hierzu aus: Die Protestversammlung habe schon einen Erfolg gehabt, indem die Behörde sich endlich bemüht habe, etwas scharfer zu kontrollieren, um der Sonntagstrube etwas zu steuern. Auch die Meißnerpresse dringe nun auf Einhaltung der Sonntagstrube. Die Jannung selbst befaße sich an diesem Tage mit derselben Frage. Wenn davon auch nicht viel zu erwarten sei, es zeige sich aber doch, daß die sozialdemokratischen Gesellen, über die man immer gespottet habe, hier die Triebfeder seien. Er forderte die Kollegen auf, alle Fälle von Uebertretungen der Sonntagstrube dem Bureau zu melden, damit von dort für Abhilfe gesorgt würde. Auch müsse man die öffentliche Meinung in dieser Sache zu gewinnen versuchen. Die Hausfrauen könnten viel mitwirken. Alle übrigen Redner waren derselben Meinung. Durch die Organisation müsse das Ziel erreicht werden. Sodann gab Bergmann die Abrechnung vom Mai- und Frühjahrsfest. Der erzielte Ueberschuh beläuft sich auf 182,18 M. Im verfloffenen Monat wurden verkauft: 780 Marken a 35 Pf., 82 a 15 Pf. und 162 Raimarken, 62 Bücher und 6 Protokolle. Schlichth wurde noch beschloffen, den Versammlungsbesuch durch Abstempelung im Verbandsbuch zu kontrollieren.

Lithographen und Steinbrucker! Die Firmen Walter Red, Schöneberger Ufer 36 und H. Wollsch, Greifswalderstr. 213 sind wegen Differenzen gesperrt.

Deutscher Senefelder-Bund.
Die Vertretungen der Klassen I und III.

Der Streik der Thyrrenischen Hülfсарbeiter auf dem Neubau der Firma Jandorf ist beigelegt. Durch Vermittlung der Organisationsleitung des Transportarbeiterverbandes erklärte sich die Firma Thyrren bereit, die Entlassenen wieder einzustellen, auch wurde ein Arbeiterausschuh gebildet, der bei späteren Differenzfällen geholt werden muß. Darauf nahmen die Streikenden gestern morgen die Arbeit wieder auf.

Achtung, Fensterputzer! Die Kollegen der Firma „Sagonia“ in Dresden sind in den Ausstand getreten. Wir richten an alle Kollegen das dringende Ersuchen, nach Dresden vorläufig keine Arbeit anzunehmen. Weitere Auskunft erteilt E. Knöner, Engelauer 15, Zimmer 14.

Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter.
Sektion der Fensterputzer.

In der Terrakottafabrik der Firma Agnes Gladenbeck in Friedrichshagen sind Differenzen ausgebrochen. Die Kollegen — Waser, Ketschauer, Figuristen — werden ersucht, dies genügend zu beachten.

Zum Kampf im Barbiergewerbe. Die Freie Vereinigung der Barbierer hat beschlossen, diejenigen Mitglieder, welche die Plakate aushängen, auszuschließen. Damit nimmt der Kampf an Schärfe zu. Die Plakate und die Kontrollkarte bei den Herren Habelst und Wagner, Thierstr. 35 und 24, sind unglücklich, obige Herren verweigern die Herausgabe des Plakats. In der Notiz betreffend stiegende Barbierstudien soll es heißen: „Aber nicht Albertstraße. Die Plakate tragen „grünen“ Querstrich.“

Achtung, Schuhmacher! In der Schuhfabrik von Braun, Große Frankfurterstr. 84, befinden sich die Kollegen wegen Lohnabzug im Ausstand.

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands.

Deutsches Reich.

Polizeilicher Ueberreiter gegen organisierte Arbeiter. Bei der Metallarbeiterausperrung in Dresden sollten laut polizeilicher Anzeige zwei Arbeiter in das Oberste Fabrikgrundstück eingedrungen sein und Arbeitswillige bedroht haben. Den beiden Arbeitern wurde der Prozeß gemacht. Es erschien auch ein Gendarm als Zeuge, der die Anklage bezeugte; dagegen wußten vier Arbeitswillige als Belastungszeugen absolut nichts Belastendes gegen die

Arbeiter auszusagen. Der Verteidiger stellte fest, daß die Polizei die Anzeige in leichtfertiger Weise lediglich auf flüchtige Angaben von dritter Seite hin erstattet hätte. Das schen auch die Ansicht des Gerichts zu sein. Es lehnte einen Antrag der Staatsanwaltschaft auf Verurteilung zwecks weiterer Beweiserhebung ab, sprach die Angeklagten frei, unter Uebernahme familiärer Kosten, auch die für die Verteidigung, auf die Staatskasse. — Denselben Ausgang nahm ein anderer Prozeß vor dem Dresdener Gericht, wo ein Tiefbauarbeiter unter der Anklage stand, beim Gärtnerstreik einen Gärtnergehülfen bedroht zu haben. Auch er wurde freigesprochen.

Kampf in der Textilindustrie. Wegen rigorosen Vorgehens der Direktion, Zurückgabe des eingereichten Tarifs, Ablehnung jeglicher Verhandlung und Rahregelung der Arbeiterkommission, stellten am Sonnabend sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in Sudau, Kreis Sprottau, die Arbeit ein.

Dachbederstreik in Duisburg. Vor Zugung von Dachbedern nach Duisburg wird dringend gewarnt, da die dortigen Dachbeder in den Streik getreten sind. Die vor 14 Tagen eingereichten Forderungen sind von der hiesigen Ortsvereinigung der Dachbedermeister abgelehnt. Die Dachbeder fordern Erhöhung des Stundenlohnes von 50 auf 55 Pf. und 20 Pf. Zuschlag für Ueberstundenarbeit, für Sonnabend eine Stunde früher Feierabend und für die Tage vor den hohen Festtagen um 4 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug. Für Hülfсарbeiter wird Erhöhung des Stundenlohnes von 40 auf 45 Pf. gefordert.

Ausland.

Die Pariser Streiks. Die Arbeiter der Untergrundbahn haben die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Es ist ihnen nicht gelungen, ihre Forderungen durchzusetzen. Doch haben sie die feste Zusage erhalten, daß künftig in die Bedingungen der Arbeit und den Tag aufgenommen wird. Sache der sozialistischen Gemeinderäte wird es sein, über die Einhaltung dieses Versprechens zu wachen.

Die Lithographen haben bedeutende Erfolge zu verzeichnen. 45 Häuser, darunter die Firma Chaix, die größte des Gewerbes, haben den Neunstundentag bewilligt. Ihre Arbeiter beschloffen die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Arbeiter der anderen Häuser verharren mit musterhafter Solidarität im Ausstand. Auch die Typographen kämpfen entschlossen weiter. Die kräftige Organisation und die Solidarität der ausländischen Fachverbände sichern eine ausgiebige Unterstützung der Ausständigen noch für lange Zeit.

Die Wirkungen der Pariser Streikbewegung sind im ganzen sehr befriedigend. Wohl hat die große Mehrzahl der Arbeiter, die anfangs Mai in den Kampf um den Achtstundentag eintraten, die Arbeit ohne Zugeständnisse der Unternehmer wieder aufnehmen müssen. Aber die Arbeiterschaft hat in diesem Kampf viel gelernt. Die Tatsache, daß nur dort ein längerer, erfolgverheißendes Verharren im Streik möglich war, wo, wie bei den Buch- und Steinbrücker, die Organisation für eine hinreichende Streikunterstützung vorsehete, hat der vordem so verbreiteten Meinung, daß die „direkte Aktion“ das Anliegen von Widerstandsfonds überflüssig mache, stark Abbruch getan. Die extremsten Syndikalisten sahen sich genötigt, als der Kampf ausgebrochen war, Sammlungen zu veranstalten und „kommunistische Suppen“, Speisendistributionen an Streikende zu organisieren. Trotz allem hülfsbereiten Eifer der Arbeiterbevölkerung waren diese improvisierten Unternehmungsfaktionen nicht hinreichend, ordentliche Streikklassen zu erzeugen und vorzeitige Rückkehr zur Arbeit hinauszuhalten. Man hört heute in allen Kreisen der Arbeiterschaft die Notwendigkeit starker Organisationen betonen und man kann sagen, daß die vielen Mißerfolge der Maibewegung die Kampflust des Proletariats wie seine sozialistische Erkenntnis noch gestärkt haben. Die auffällende Wirkung des Kampfes läßt sich auch in der syndikalistischen Presse wahrnehmen, die jetzt, von der Einseitigkeit ihres früheren Revolutionarismus abweichend, die erlangenen kleinen Erfolge sehr hoch bewertet. Es bedarf allerdings der prinzipiellen sozialistischen Auffassung, um zu verhindern, daß der mit der harten Wirklichkeit zusammengeprellte Syndikalismus in einen wässrigen Trade-Unionismus zerrinnt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus der französischen Kammer.

Paris, 12. Juni. (W. T. B.) Das Haus tritt in die Beratung der verschiedenen Interpellationen über die Politik der Regierung ein. Gérard Richard (Soz.) gibt der Ansicht Ausdruck, man müsse zunächst versuchen, die Hülfquellen aufzufinden, die für die Durchführung der beabsichtigten Reformen nötig seien. Redner wünscht, daß man bestrebe, zu einer internationalen Verständigung zu gelangen, um die militärischen Ausgaben zu verringern. Mehrere andere der sozialistischen Partei angehörige Redner sprachen sich über Reformen aus, die sie vorschlugen, so besonders Einführung einer allgemeinen, progressiven Einkommensteuer, Verstaatlichung der Bergwerke und der Eisenbahnen usw. Jaurès (Soz.) wies der Regierung vor, sie bestrebe gegenüber der Arbeiterklasse eine Politik der Unterdrückung. Sie habe den Ausstand im Departement Bas de Calais benutzt, um das Proletariat unter der militärischen Wucht zu erdrücken. Der Redner spricht sich ferner tadelnd über die Haltung der Regierung gelegentlich des 1. Mai aus und fragt, welche Lösung die Regierung dem sozialen Problem zu geben gedenke. Redner gibt zu, daß, wenn bezüglich des Besitzes der Produktionsmittel die Gesellschaft an die Stelle der Kapitalisten gesetzt werde, die Interessen der mittleren Klassen geschützt werden müßten und diesen Klassen ein gewisses Äquivalent zu sichern sei. Jaurès spricht dann von der allgemeinen Enteignung des kapitalistischen Eigentums und erklärt, es sei ihm unmöglich zu sagen, ob diese Enteignung sich mit oder ohne Entschädigung vollziehen werde. Jaurès bricht dann wegen Ermüdung seine Rede ab und die Sitzung wird geschlossen.

Rette Kadetten.

Petersburg, 12. Juni. (W. T. B.) Der Arbeiterdeputierte Aladin ruft in einer Rede vor der Agrarfrage mehrere Zwischenfälle hervor durch Verlesung von Briefen von Bauern, wobei er verschiedene Ausdrücke ausläßt, die indessen leicht erraten läßt. Der Präsident ruff den Redner zur Ordnung. Einige Deputierte der konstitutionell-demokratischen Partei verlassen den Sitzungssaal unter Protest gegen die Haltung Aladins. Dieser schlägt seine Rede mit folgenden Worten: Wir dürfen nicht warten. Wir müssen uns an das Volk wenden und um seine Unterstützung bitten, bevor die Revolution ausbricht und nachdem das russische Volk alle Länder mit Beschlag belegt und alle Hindernisse beseitigt haben wird, eine neue Volksoberkeit, wie die Frankreichs im 18. Jahrhundert, dieser vollendeten Tatsache eine juristische Form zu geben sucht. Die Duma nimmt darauf mehrere Anträge auf Interpellationen an, darunter eine über die Todesstrafe und vertagt sich dann bis Donnerstag.

Die revolutionäre Flotte.

Petersburg, 12. Juni. (W. T. B.) Da infolge der zunehmenden Agrarmunhen in verschiedenen Gouvernements und wegen der neuerlichen revolutionären Bewegung unter den Matrosen der Schwarzen Meer-Flotte die Situation sich immer bedrohlicher gestaltet, dürfte der Generalstabschef Poligin die geplante Reise nach Wien verschoben.

Unruhen in Sewastopol.

Sewastopol, 12. Juni. (W. T. B.) Infolge zunehmender Gerüchte über einen bewaffneten Aufstand verlassen die Einwohner massenhaft die Stadt. Die Eisenbahner beabsichtigen in den Generalstreik zu treten.

Soziales.

Die Massenlindungen im Statistischen Amt

And, nach der „Täglichen Rundschau“, „bis auf weiteres“ zurückgezogen, da es sich als unmöglich herausgestellt hat, die organisatorische Umgestaltung der Handelsabteilung noch im Etatsjahr 1906 zur vollen Durchführung zu bringen.

Sozialpolitik in statistischen Kreisen.

Ein interessantes Seitenstück zu den inzwischen, wie wir mitteilen, zurückgenommenen Massenlindungen im Kaiserlichen Statistischen Amt bildet das Verfahren des königlich preussischen Statistischen Landesamtes, sich sozialpolitisch zu betätigen.

Witkin dürften die Verwaltungsausgaben für die Beamten die niedrigsten in ganz Deutschland sein. Wenn bei einer Klasse auch deren Mehrereinnahmen an Beiträgen im Betrage von 5771,59 Mark wieder mit (verursacht durch epidemisch auftretende Krankheiten der Mitglieder und deren Angehörigen, für Krankenerhaltung, ärztliche Hilfe, Arznei usw.) zur Ausgabe gelangen, so bedeutet das für die Beamten ganz enorm steigende Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit.

Die Firma Lump & Konforten reicht eben überall hin und hat anscheinend in Koburg eine Hauptagentur. Diese Antwort läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

Aus Industrie und Handel.

Altiengeellschaft vorm. Lahmeyer u. Co. Der Reingewinn des Unternehmens stellt sich auf 1 602 900 M., 390 415 M. mehr als im Vorjahre.

Vom amerikanischen Fleischskandal. Wie der Abgeordnete zum Bundeskongreß Beveridge, welcher die Gesetzesvorlage für eine verschärfte Fleischinspektion resp. Ausdehnung derselben auf das für den inländischen Konsum bestimmte Fleisch usw. begründete, erklärte, ist die Sache durch das Buch „The Jungle“ (Dschungel) von Upton Sinclair angeregt worden (der von der „Socialist Party“ als Anhänger reklamiert wird), dessen in demselben enthaltene Angaben seitens einer vom Präsidenten Roosevelt eingeleiteten Kommission nicht nur als wahrheitsgemäß, sondern wahrscheinlich noch „schrecklicher“ befunden worden sind.

Sinclair hat erklärt, daß die Beveridge'sche Gesetzesvorlage den angeblich beabsichtigten Zweck nicht erfüllen könne, sondern daß andere Maßregeln getroffen werden müßten, um der Schweineerei und Veträger ein Ende zu machen.

Wie weiter berichtet wird, will Präsident Roosevelt seine Kampagne gegen die Trufts, namentlich gegen den Chicagoer Fleischtruft mit aller Energie, unbedünnt um die Angriffe, denen er dieserhalb ausgelegt ist, fortführen.

Versicherungspräsidenten unter Anklage. Die mit der Untersuchung über die Geschäftsabwicklung der Versicherungsgesellschaften betraute besondere Anklagejury hat gegen die früheren Vizepräsidenten der Mutual Lebensversicherungsgesellschaft, Gillette und Grannick, die Anklage wegen Fälschung erhoben.

Gerichts-Zeitung.

Ein Nebatteur gegen Pressefreiheit.

Der Herausgeber der „Kritik der Kritik“, Schriftsteller Horwitz, war zum Nadi gelangten, weil er sich durch den Redakteur Schneidert der „Zeit am Montag“ beleidigt fühlte.

Zivilrechtliche Beurteilung der Eisenbahndirektion wegen fahrlässiger Körperverletzung.

Zu der Haltestelle Amersdorf an der Bahnstrecke Frankfurt a. O.—Neppen zweigt von der Landstraße ein Zugangsweg ab, der von dem Fahrbaum durch eine Reihe gewichteter 40—50 Zentimeter hoher Presspfähle getrennt wird.

unter Beweis gestellt, aber die Pfähle schon mehrfach Personen zu Fall gekommen, und seien die niedrigen Pfähle Ortsgespräch gewesen.

Landgericht und Kammergericht Berlin erkannten die Ansprüche gegen den Fiskus dem Grunde nach für gerechtfertigt an, dagegen wurde die Klage abgewiesen, soweit sie gegen den Stationsvorsteher gerichtet war.

Die vom Beklagten gegen dieses Urteil eingelegte Revision magde geltend, daß es sich um eine Anlage von durchaus ländlichem Charakter handle, auf den ländlichen Wegen aber seien die Leute an und für sich darauf angewiesen, mit mehr Sorgfalt auf ihren Weg zu achten und müsse somit auch § 254 B. G. B. zur Anwendung kommen, da den Kläger umbebingt ein Ritterschulden wegen Außerachtlassung der nötigen Sorgfalt treffe.

Die Unpünktlichkeit des Verkäufers.

Sein ständiges unpünktliches Erscheinen im Geschäft bildete den Anlaß zur sofortigen Entlassung des Verkäufers Hermann B. aus dem Dienstverhältnis mit dem Teppichhändler Bernhard Gutwig.

Schamloser Erpressungsversuch.

Der 31jährige Hausdiener Paul Wienl hatte sich gestern vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Einem Tages im März d. J. erfuhr der Angeklagte bei der Ehefrau des Kaufmanns B., welche als Nebenbeschäftigte auf Empfehlung vor Bekannten hin das Gewerbe einer Kasse betreibt.

Kritik der südwesafrikanischen Siedelungsgesellschaft.

Um die „Südwesafrikanische Siedelungsgesellschaft“ handelt es sich wiederum bei einer vom Konsul Ernst Böhlen angestregten Privatklage, die gestern das hiesige Schöffengericht beschäftigte.

Fart mit der Liebe!

Die Lex Heine-Männer beschäftigten am Montag abermals das Reichsgericht.

Das Landgericht Köln hat am 8. Februar den Buchhändler Otto Müller von der Anklage der Verbreitung einer unzüchtigen Schrift freigesprochen. Gegen dieses Urteil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt.

Table with 2 columns: Position and Salary. Includes roles like 'Kassenführer', 'erste Beamte', 'zweite Beamte', 'Vorte und Krankenkassentrolleur' with corresponding salaries for 1900 and 1906.

und daß ihre Bestrebungen bei Anherkunft der Bedeutung des natürlichen Geschlechtstriebes zum Fanatismus ausarten, indem sie von vornherein diesen Trieb als etwas Ethisches ansehen. Ob der Vorwurf mit Recht erhoben wird, kann dahingestellt bleiben, jedenfalls sind die Verfasser von der Richtigkeit ihrer Anschauung überzeugt gewesen. Daß der Inhalt auch objektiv nicht unrichtig ist, bedarf keiner Ausführung, wenn auch der große Ton und die geschmacklose Ausführung verlegen kann. — Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde von der Reichsanwaltschaft für begründet erachtet. Das Landgericht habe die Unzuchtigkeit verneint, weil die Schrift eine kritisch-satirische Tendenz habe. Diese Tendenz könne aber ebenso gut in anständiger Weise verfolgt werden. Die Tendenz könne also nichts dafür beweisen, ob das Gedicht anständig oder unzüchtig ist. Ein wissenschaftliches Werk wende sich an einen beschränkten Leserkreis, der an Wendungen nicht Anstoß nimmt, die andere verlegen können. Ein Kunstwerk wende sich zwar an die Allgemeinheit, aber es sei nur dann der Unzuchtigkeit entrichtet, wenn (nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts) der Grad der künstlerischen Vollendung ein derart hoher ist, daß die geistige Durchdringung der an sich sinnlichen Darstellung das Gefühl des Sinnlichen vollständig zurückdrängt. Das sei aber hier in keiner Weise der Fall. Das Flugblatt wende sich an die breite Masse, an Personen, welche nicht ein Vergnügen an geistreicher Satire empfinden, welche nicht vom Sittlichkeitskongreß und seinen sittlichen Entgleisungen wissen, bei denen die Form gar nicht maßgebend sein kann, sondern das Ganze frei von dieser Tendenz nur als das empfinden, was es eigentlich ist, nämlich etwas Unzüchtiges. Was die Form betrifft, so lagt das Urteil selbst, daß das ästhetische Gefühl durch den großen Ton und die geschmacklose Ausdrucksweise vielfach verletzt werde. Der Begriff der Unzuchtigkeit scheint demnach verkannt zu sein.

Diesen völlig verkehrten Ansichten der Staats- und Reichsanwaltschaft über Unzucht, Unsitlichkeit, Keuschheit und Rechtsnorm vermochte selbst das satirische, kritische und spottende Aeußern gegen Heuchelei und Tartüfferie nicht besonders gnädige Reichsgericht nicht anzuführen. Es verwarf die staatsanwaltschaftliche Revision. In der Begründung hieß es: Die Ausführungen des Landgerichts stehen im wesentlichen auf dem Standpunkte des Reichsgerichts. Es hat sich insbesondere auf die Ausführungen des dritten Straßensatzes in Band 24 der Entscheidungen über das relativ Unzüchtige gestützt. Man konnte darin keine rechtsdienliche Feststellung sehen. Es ist keine Frage, daß die Ausführungen in dem Flugblatt das ästhetische Gefühl in grober Weise verletzen und Zeichen von hervorragender Geschmacklosigkeit enthalten, aber eine Verletzung des allgemeinen Sittlichkeitsgefühls konnte der Senat darin unter den gegebenen Umständen nicht finden.

Aus der Frauenbewegung.

„Wer keinen Mann bekommen kann...“

Auf dem evangelisch-sozialen Kongreß hat Fräulein Dr. Gertrud Wäumer einen Vortrag über die sozialen Forderungen der Frauenbewegung gehalten. Nach dem Zeitungsbericht zu urteilen, hat die Referentin zwei nach ihrer Meinung in Frage kommende Wege, den reaktionären und den radikalen, durchgesprochen, um zu dem Resultat zu gelangen, daß alle beide ungangbar seien, der reaktionäre Weg weil die Frau ins Haus zurückdrängen — das würden die heutigen wirtschaftlichen Zustände nicht mehr; der radikale weil sie ganz und gar aus dem Hause herausnehmen und sie als Berufsarbeiterin dem Manne völlig gleichstellen — das geht auch nicht, weil es Arbeiten gibt, in denen die Frau einen eigenen, dem Manne überlegenen Wert zeigt, und weil diese Arbeiten zum Teil im Hause zu leisten sind.

Diesen Gedankengang schließen wir auch aus dem Schluß ihrer Rede, der darauf hinausläuft, daß man etwas Einschneidendes und Durchgreifendes überhaupt nicht tun könne, sondern sich damit begnügen müsse, „das Nebeneinander zu erleichtern“, und dann aus ihren Thesen, die ja im Wortlaut vorliegen. (Siehe Nr. 181 des „Vorwärts“, erste Beilage.) Diese Thesen enthalten nämlich keinen bestimmten, festen Standpunkt, sondern sind nichts als eine Sammlung von Rauhheiten und Halbheiten; sie passen also zu dem Gedanken: einen klaren Ausweg gibt es ja doch nicht. Als ihre Quintessenz kann man z. B. den Absatz 5 ansehen, welcher lautet:

„Es ist die Aufgabe der Frauenbewegung, den spezifischen Anteil der Frau an der Gesamtkultur durch die wirtschaftliche Kritik hindurch zu erhalten und zu steigern. Von diesem Gesichtspunkt aus erwächst ihr die Pflicht, die Frau dem häuslichen Leben zu erhalten, soweit sie dort noch wertvolle Aufgaben findet, zugleich aber die Bedingungen für eine freie und gesunde Entwicklung der weiblichen Erwerbstätigkeit zu schaffen.“

Wir könnten getrost einen Preis aussetzen für den, der auf Grund dieser These ein klares, bestimmtes Programm für die praktische Tätigkeit der Frauenbewegung zu entwickeln vermag. Es wird ihn niemand gewinnen. Mit einem Haufen von einerseits — andererseits läßt sich praktisch gar nichts anfangen. Ohne theoretische Klarheit keine praktische Wirksamkeit.

Es ist nun durchaus kein Zufall, daß selbst die radikalsten bürgerlichen Elemente — und als solche geben sich ja die Evangelisch-Sozialen aus — zu keiner theoretischen Klarheit über die Frauenfrage kommen können. Man wird hier an den Ausdruck einer anderen hervorragenden Frau, Marie Martin, erinnert, die in ihrer Schrift: „Die höhere Mädchenschule in Deutschland“ klagt:

„Warum muß die deutsche Frau immer gramvoll sehen, daß die einzige Partei, die ihr die volle Menschenwürde uneingeschränkt zugesieht, die Sozialdemokratie ist?“

Frau Martin kann sich das nicht erklären. Sie appelliert an das deutsche Bürgertum, durch eindringliche Ermahnung hofft sie es zu einer anderen Behandlung der Frauenfrage aufrufen zu können. Vergebliches Bemühen! Sie sieht nicht den prinzipiellen Unterschied, der hier wie überall die unterschiedliche Behandlung ein und derselben Frage durch das Bürgertum und durch die Sozialdemokratie verursacht.

Hr. Wäumer zitierte in ihrem Referat bekanntlich den Coupletvers:

„Das ist des Schicksals Lohn:
Wer keinen Mann bekommen kann,
Der geht zum Telefon.“

So sehr die in diesem Vers ausgesprochene Tendenz von Fräul. Wäumer bekämpft und verspottet wurde, so sehr ist es trotzdem richtig, daß dies der einzige Gesichtswinkel ist, unter welchem das Bürgertum die Frauenfrage betrachtet: „Wer keinen Mann bekommen kann“, das ist für die Bourgeoise das A und O der ganzen Frauenfrage. Ja genau genommen muß man noch weiter einschränken: im Grunde ist es nur die Verorgung ihrer eigenen Töchter, welche die Bourgeoise bekümmert. Wie läme es sonst, daß die Frauenfrage für das deutsche Bürgertum knapp 20 Jahre alt ist, während die Frauen und Töchter des Proletariats in Deutschland schon seit etwa 80 Jahren durch die Not aus dem Hause gerissen werden?

Den ledigen die Möglichkeit des Proletarats zu verschaffen oder zu erhalten, das ist die ganze bürgerliche Frauenfrage. Deshalb erschöpft sich die bürgerliche Frauenbewegung auch — man muß sich durch schöne Phrasen nicht blenden lassen — in dem Suchen nach neuen Frauenberufen, und deshalb trifft sie auch in den eigenen Reihen des Bürgertums so viele Gegner, die in der Frauenarbeit eben weiter nichts sehen als eine unbedeutsame Konkurrenz. Daran kann kein noch so pathetischer Appell etwas ändern. Das Bürgertum müßte sein bürgerliches Denken ablegen und sozialdemokratisch zu denken anfangen, wenn das anders werden sollte.

Es ist ein Ausfluß unseres Prinzips, daß wir Sozialdemokraten der Frauenbewegung ganz anders gegenüberstehen als das Bürgertum. Genau genommen, gibt es für uns überhaupt keine besondere Frauenfrage, diese ist vielmehr ein Teil der allgemeinen sozialen Frage. Das Bestehen einer sozialen Frage in unserem Sinne wird von der Bourgeoise überhaupt geleugnet. Was sie soziale Frage nennt, was sie „lösen“ will, das sind einige Härten und Unbequemlichkeiten im Leben der Arbeiter. Und selbst da spaltet sie sich noch in zwei Lager. Die einen wollen Kleinigkeiten reformieren, damit die Arbeiter nicht schließlich mal böse werden und die ganze Gesellschaftsordnung in Trümmern schlagen; die anderen wollen selbst von der geringsten Nachgiebigkeit nichts wissen, weil der Prolet das doch nur für Schwäche ansehen und erst recht „begehrt“ werden würde, weshalb er nur mit Gewalt im Zaum gehalten werden könne. Man sieht, in dieser Auffassung von der „sozialen Frage“ ist kein Platz für die Frauenbestrebungen, schon deshalb nicht, weil der honette Bürgersmann die Frauen und Mädchen seiner eigenen Klasse doch nicht mit dem Proletenpaß auf eine Stufe stellen wird. Deshalb hat er sich eine besondere Frauenfrage zurecht gemacht.

Die soziale Frage geht für uns weit hinaus über den Rahmen des Begriffs, den das Bürgertum damit verbindet. Gewiß hat das Drängen und Stürmen der modernen Arbeiterklasse keinen Ausgang genommen von der rein materiellen Not, die sie bedrückt. Aber es ist dabei nicht stehen geblieben. Theoretische Erkenntnis und praktische Erfahrung haben das Proletariat weiter und weiter geführt. Wenn es dem Staat gegeben wäre, alle materiellen Forderungen des Proletariats — auskömmlichen Lohn, den Achtstundentag, Versicherungen aller Art, wirksamen Schutz für Leben und Gesundheit im Betriebe usw. — auf einen Schlag zu erfüllen, so wäre die soziale Frage damit doch nicht gelöst. Der moderne Proletarier will mehr, er will ein gleichwertiger Mensch sein, dem König selbst will er an Ehre und an Lebensinhalt gleich stehen. Und dazu gehört sehr viel. Da ist

es nicht mit äußerlicher Achtungsbezeugung getan, sondern da muß vor allen Dingen die Arbeit so umgestaltet werden, daß sie dem Leben wieder Inhalt und Befriedigung verleiht. Der vollständige Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung ergibt sich aus dieser Forderung.

In diesen Rahmen paßt nun die Frauenfrage durchaus als gleichberechtigtes Glied hinein. Was wir für alle erstreben, das erstreben wir auch für die Frauen. Und daß die Frauen endlich angefangen haben, sich selbst zu rühren und ihre Menschenrechte zu fordern, das erfüllt uns mit Freude und Genugtuung. So die Vertreter eines rückwärtigen Standpunktes nur eine unbedeutende Konkurrenz sehen, da sehen wir das Erwachen der Frau, das Erwachen der einen Hälfte des Menschengeschlechtes, die jahrtausendlang in Dumpsheit, in Duldung und Anerkennung dahin lebte, zu eigenem selbstständigen Leben und zu tätiger Mitarbeit am großen Kulturwerk der Menschheit. Auch die Frau hat ein eigenes geistiges Leben, das keineswegs immer im Kochen, Nähen- und Waschen des Leibes endet. Auch die Frau ist ein Mensch, der selber etwas leisten und nicht immer bloß die Dienerin des Mannes sein will. Es gibt unter den Frauen genau so viel verschiedene Veranlagungen und Fähigkeiten wie unter den Männern. Die eine kann in diesem Fach etwas leisten, die andere in jenem, und nur unter dem dumpfen Druck der Verhältnisse ist jahrtausendlang das Bewußtsein ihrer eigenartigen Persönlichkeit in den Frauen erstirbt worden. Jetzt aber erwacht ihr Persönlichkeitsgefühl, die Frauen beginnen sich ihres vollen Menschentums bewußt zu werden, sie beginnen zu wollen. — Das ist für uns der Inhalt der Frauenfrage.

Wohl wissen wir, daß einzelne Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung, vielleicht sogar Hr. Dr. Wäumer selbst, zu dieser unserer Definition der Frauenfrage hinnergen. Aber das ist dann nur gewissermaßen Geschmackssache. Es fehlt die prinzipielle Unterlage, aus der unsere Ansichten und Bestrebungen organisch herauswachsen. So laufen denn auch die „praktischen sozialen Forderungen“ des Hr. Wäumer auf einen recht mäßigen Arbeiterinnenklub hinaus, wie er von unseren Gewerkschaften schon viel radikaler und weitergehend gefordert worden ist.

Schade, daß man nicht die Probe aufs Exempel machen kann. Wenn durch ein Naturwunder heute jeder einzigen „höheren“ Tochter ein Mann beschieden würde, der sie „standesgemäß“ ernährt, so doch keine mehr besüßten brauchte, fügen zu bleiben — mit einem Schlag wäre die ganze bürgerliche Frauenfrage von der Bildfläche verschwunden, kein Eierbenediktchen würde man von ihr mehr hören. Die proletarische, die sozialdemokratische Frauenfrage wäre dann noch lange nicht gelöst. Für sie macht es keinen Unterschied, ob die Frauen verheiratet sind oder nicht, denn für sie handelt es sich nicht um die Verorgung fähigkeitsloser Jungfrauen, sondern um das Erwachen der Frau zu eigenem Menschentum, das Hand in Hand geht mit dem gleichen Erwachen des Arbeiters überhaupt.

Und das ist zugleich die Antwort auf die Frage, warum nur die Sozialdemokratie der Frau die volle Menschenwürde uneingeschränkt zugesieht.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Abend. Mittwoch, den 18. Juni, bei A. Moll. Vortrag: Kritik des Christentums. Referent: G. Eichler.

Witterungsübersicht vom 12. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. m. u. F.	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. m. u. F.
Swinemünde	762,8		5bedekt	12	Daprun	760,9		2bedekt	15		
Hamburg	764,8	SW	2wolken	16	Wiesbaden	761,8		1bedekt	13		
Berlin	761,9		4wolken	15	Stettin	767,0		3bedekt	13		
Frankf. a. M.	764,0	DSD	3wolken	12	Übersee	767,0	SHI	wolkenl	16		
München	763,3		5wolken	11	Paris	766,0	RD	3bedekt	11		
Wien	759,8		3Regen	12							

Wetterprognose für Mittwoch, den 13. Juni 1906.
Vorherrschend nördlich mit etwas Regen, mäßigen nördlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 11. Juni. Elbe bei Magdeburg + 0,16 Meter, bei Dresden — 0,17 Meter, bei Regensburg + 1,00 Meter. — In Straßburg bei Straßburg + 1,75 Meter. — Oder bei Rathor + 2,88 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,46 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,14 Meter, bei Frankfurt + 1,61 Meter. — Weichsel bei Braßmünde + 2,90 Meter. — Warthe bei Posen + 0,66 Meter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 13. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Wagnon.
Chausseehaus, Die Journalisten.
Reichstheater, Frau Diavolo.
Deutsches, Ein Sommerachtskram.
Neues, Ophelus in der Unterwelt.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Heiratslustig.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus).
Jugendliche.
Die Dienstboten.
Kleines, Das Lebensfest.
Kleines, Ein idealer Gatte.
Werkner, Die lustige Witwe.
Komische Oper, Hoffmanns Erzählungen.
General, Der Rheingoldbaron.
Kunsttheater, Das Fest der Handwerker.
Vorher: Die Verlobung bei der Laterne.
Thalia, Bis früh um fünf!
Metropol, Auf ins Metropol.
Apollo, Das blaue Bild. Spezialitäten.
Carl Weiß, Der Weg des Märtyrers.
Wintergarten, Tarajada. Spezialität.
Passage, Billy Prager. Spezialität.
Reichshallen, Stettiner Sänger.
Urania, Taubentrache 48/49.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte, Invalidentheater. 57/62.

Ferdinand Bonn's Berliner Theater.

Gastsp. des Neues Operetten-Theaters aus Hamburg (Direktor Max Monti).
Die lustige Witwe.
Anfang 8 Uhr.
Ab 16. Juni finden die Aufführungen von „Die lustige Witwe“ im Lessing-Theater (Kaff. — Sonnabend, 16. Juni: Gastspiel Maria Pospischil.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Orpheus in der Unterwelt.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.

Ein idealer Gatte.

Morgen:
Ein idealer Gatte.

Neues kgl. Operntheater (Kroll).

Anfang 7 1/2 Uhr.
Frau Diavolo.
Sonnabend, den 16.: Gastspiel d'Andrade, Lilli Lehmann und Bella Alten: Don Juan.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidentheater.

Komische Oper.

Sommerspielzeit 1906.
Hoffmanns Erzählungen.
Sommerpreise.
(Keine Vorverkaufsgelder.)
Anfang 8 Uhr.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Franzfurterstr. 132.
Der Weg des Märtyrers.
Schauspiel in 5 Akten von Horst Hoff.
Anf. 8 Uhr. Morgen: Die Verlobung.
Im Garten täglich:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 6 1/2 Uhr. Entree 25 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Schwan in drei Akten von Maurice Champagne.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heiratslustig.
Freitag, abends 8 Uhr:
Jugendliche. Hierauf: Die Dienstboten.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Jugendliche.
Auffspiel von Adolf Wilbrandt.
Hierauf: Die Dienstboten.
Auffspiel von Robert Benedikt.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Jugendliche. Hierauf: Die Dienstboten.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Nacht der Finsternis.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Schweizer Garten.

Am Königsplatz — Am Friedrichsplatz 29/32.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten und Ball.
Zum Schluß: Die Sonntagsbraut.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
!Auf — in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Räucher überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 59.
Täglich:
das grandiose Juni-Programm.
Paul Coradini.
Nolly und Theo Alker.
5 Minuten auf dem Pöckelgrunde.
Phänom. Kunststückleistungen.
II. a. a. m.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr:
Das Fest der Handwerker.
Vorher:
Die Verlobung bei der Laterne.

Urania Taubentrache 48/49.

Täglich abends 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuvus.

Sternwarte Invalidentheater. 57/62.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Heute nachmittag 4 Uhr:
Großes Militär-Konzert.

Eintritt 1 Mk., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater.

(Operette.) 8 Uhr (halbes Preis!):
Der Zigeunerbaron.

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Das glänzende Juni-Programm.

Willy Prager

== 14 ==
erstklassige Spezialitäten.

Volksgarten-Theater.

Gastsp. 6 (Behm- u. Bellerminnstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.

Abd. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Feb. Donnerstag: Gr. Brill.-Feuerwerk.
Vollstündige Aufführungen aller Art.
Die Kasse für die 1. u. 2. Uhr an geöffnet.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Wenn schön: Wenn Regen:
im Garten! im Saal!

Liebeslust und Herbstesrauschen.

Schauspiel m. Dir. Dill in d. Hauptrolle.
Dazu die erstklassig. Spezialitäten!
Anfang 6 Uhr. Staffeltage 8 Uhr.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Bochentags
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Sonnabend,
den 16. Juni:
Benefiz
für Paul
Britton
zur Feier
seiner
25jährigen
Mitgliedschaft bei d.
Stettiner Sängern.

Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Prater-Theater

Stassanen-allee 7/9.
Täglich: Amor von heute.

Wöhling, Dumor, Varasi-Duett.
Derrington-Family, Kunststrab-
lerer, Livens, Drahtfisch, Die
Einbrecher von New York, Bari.
Die Piccad. Konzert, Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 50 Pf.
Kunsterter Platz 50 Pf.

Apollo-Theater.

Das große Spezialitätenprogramm:
Duo Paulus, Holländisches Duett.
Miss Carma, Transform. Tänzerin.
Das blaue Bild v. Paul Lincks.
Rech und
Kumpsti-Bumsti, Privat.
La Matschke, Kreflischer Tanz.
Ein Abend in einem ameri-
kanischen Zingel-Tangel.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenholde 13-15. Kritische Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: Großes Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochlegante Regelbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).

Ob schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!

Täglich: Gr. Konzert, neue Spezialitäten und Ball. Das größte und beste Programm Berlins.

u. a.: **La Matschie!** mexikanischer Tanz, angeführt vom besten Tanzduett **Jeanette und Vallis.** **Erlich Sümmelch,** bester Kunstschütze. **Robert und Bertram,** das berühmte Grottesk-Duett. **Joseph Deloiseur,** das weltliche Unikum. **Die Wunder der Zukunft: The tree Burtons** und **The Elrados,** komische Redner. **Die Teufelsmaler??** **Franz Meißner?** der vorzüglichste Humocist, usw.

Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.

Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntag 30 Pf.

Schwarzer

Friedrichsberg. Fernsprecher Nr. 8.

Restaurant und Festsaal.

Jeden Mittwoch: 12383*

Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.

Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × **Sons haben Galtigkeit.**

Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung.**

Im Saal: **Großer Ball.** **Gebr. Arnhold.**



Adler

Frankfurter Chaussee 5.

Restaurant und Festsaal.

Jeden Mittwoch: 12383*

Humoristische Soiree der Willy Walde-Sänger.

Nach der Vorstellung: **Familien-Kränzchen.** × **Sons haben Galtigkeit.**

Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung.**

Im Saal: **Großer Ball.** **Gebr. Arnhold.**

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.

Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten, Ball.

15 Attraktionen ersten Ranges 15. Berlin, wie es lebt u. liebt. Volkstheater in 3 Akten von Lindner. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Sanssouci. Kollbuser

Der Garten ist eröffnet. Sonntag, Montag, Donnerstag. Hofmanns Nordd. Sänger und Tanztränchen. Entr. 30 Pf., zum Pl. 50 Pf. Sonntag, Montag, Donnerstag 8 U. Im Vorgart.: Freikonzert. Vom 16. Juni ab sind auch Sonntags Soiree abende statt.

Dobersteins Cristall-Palast,

Prinzenstr. 94.

Täglich: Gesellschafts-Abend.

Entree und Garderobe frei. Jeden Donnerstag u. Sonnabend **Damen-Verein.** Jeden Sonnabend: **Extra-Ball.**

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)

Theater lebender Photographien mit abwechselndem **Abnormitäten-Programm.**

Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.

Den ganzen Tag Vorstellung. Vereinen und Gesellschaften bestens empfohlen.

Otto Pritzkow, Münzstraße 16.

Landes-Ausstellungs-Park.

Nou erbaut: Festsäle, Café u. Konditorei, gedeckte Gartenhallen, Fontaine lumineuse.

Dejeuners von 2,50 Mark an bis 2 Uhr nachmittags. Diners von 3,50 Mark, Soupers von 4 Mark an.

Täglich: Doppel-Konzert.

Neuer Wasserturm b. Grünau.

Von dem unmittelbar angrenzenden Terrain, nur zirka zehn Minuten vom Bahnhof entfernt, sollen Parzellen von zirka 45 bis 80 Quadratmetern zu billigen Preisen, je nach Lage, von **M. 1,45 an pro Quadratmeter** netto Baugrund zu günstigen Zahlungsbedingungen (event. Baugeld) verkauft werden. Geordnete Verhältnisse. Kaufbedingungsrecht erworben. Straßenland bereits an die Gemeinde abgetreten. Kaufzeit nachmittags (Sonntags 8-6, Wochentags 4-6) nur Straße am Falkenberg 19/20 im Restaurant. 14483*

Raucht Kios-Kleine Kios 2.

Spezialmarke: pro Stück 2 Pf. 1151L*

Hauptniederlage der Zigarettenfabrik „Kios“, Dresden. Tabakgroßhandlung u. Tabakfabrik, Engel-Ufer No. 5. Amt 4. 3014.

Die besten Fahrräder

und Fahrradzubehöre zu enorm billigen Preisen finden Sie wieder bei **Ernst Machnow, Berlin N.,** Arkonaplatz 1, Filiale: Kaiser Wilhelmstr. 18R. Abteilung für Motorfahrzeuge: Wollinerstr. 11-12.

Neue hochlegante **Fahrräder 45.-, 50.-, 52.-, 55.- M. usw.**

Für meine weltberühmten Arkonafahrräder übernehme bis 6 Jahre Garantie. Luftschläuche 1,50, 2.-, 2,50, 3,50 M. Kaufmängel 2,50, 3,20, 4,50 M. — Nähmaschinen 28.-, 36.-, 42.- M. — Neue Wright Motorzweiräder 400 M. etc. — Katalog gratis und franko.

Etablissement Bingenhagen

Moritzplatz. Täglich im Garten besitz. in den unteren Sälen **Gottschalk Freikonzert** Mittwoch u. Sonnabend: **Freilanz.**

Portieren

Spezialität! (ca. 200 Genre). Einz. Garnituren spottbill. Spezial-Katalog (ca. 600 Illustr.) gratis u. franko.

Topfich-Spezialhaus **Emil Lefèvre** Oranienstr. 158 Berlin S.

1905er Hühner,

Reichhaltige Lager: Enten, Tauben, Bratenten; Bratenten u. Küken hochgezüchtet. Hühner empfohlen unter Garantie. F. Wegner, Berlin, Marlanenstr. 34.

Einem geehrten Publikum von Köpenick und Umgegend zur gefl. Kenntnis, daß ich das Zigarren- und Papiergeschäft des Herrn **Ernst Pirse,** Köpenick, Kaiser Wilhelmstr. 103, erworben habe und bitte um geneigten Zuspruch. **Paul Noack.**

Zum Kampf im Friseurgewerbe.

Der Aktionsausschuß der Partei sowohl wie die Berliner Gewerkschaftskommission haben den Boykott über diejenigen Geschäfte erklärt, welche die Forderungen der Gehilfen nicht bewilligen. Parteilgenossen, macht Euch diesen Beschluß zu eigen! Die Gehilfen sind im Besitze einer weisen mit rotem Rande versehenen Kontrollkarte, gültig, wenn laufend gestempelt, untenstehenden Titel und die Unterschrift Paul Liere tragen. Dieselben dienen als Ausweis dessen, daß die Forderungen bewilligt sind. Da Nachahmungen vorkommen, achte man darauf, ob dieselben in der Vorwärts-Druckerei hergestellt sind. Andernfalls meldet die Geschäfte. Folgende Geschäfte haben bewilligt und beschäftigen Gehilfen mit der Kontrollkarte:

- | | | |
|--|---|---|
| <p>N.</p> <p>Barbier- und Friseur-Gesellschaft „Boran“, Pantstr. 32d.
 Kersch, Grezlerstr. 11.
 Leonhardt, 21a.
 Böhmke, Drahtmeisterstr. 5.
 Holmann, Pringel-Allee 11.
 Sübner, 25.
 Hof, Soldnerstr. 10.
 Stiefel, 26.
 Grall, 66.
 Otte, Stettinerstr. 39.
 Kolberg, Grünhägerstr. 11.
 Hillmann, Hochstr. 46.
 Laß, Neue Hochstr. 16.
 Barczanski, Neue Hochstr. 25.
 Schenk, Biesenstr. 19a.
 Helmrich, Scheringstr. 12.
 Borger, Kolbergerstr. 12.
 Krause, 30.
 Rührbach, Grenzstr. 6.
 Engel, Gerichstr. 19.
 Freyhude, 45.
 Sape, 80.
 Lange, Weddingstr. 1a.
 Ratz, 8.
 Hof, Ruheplatzstr. 18.
 Schwanefeld, Hochhäuserstr. 26.
 Groch, Fennstr. 43.
 Räder, 52.
 Luft, Gartenstr. 11.
 Kappe, Gartenstr. 54.
 Straß, Duxenstr. 30.
 Franke, 18.
 Mohr, 45.
 Lorenz, Uferstr. 9.
 Schwaning, Wallstr. 18.
 Müller, Bellermaierstr. 88.
 Noebel, Strelitzerstr. 12.
 Hietel, Stargarderstr. 14.
 Rechner, Straßenderstr. 35.
 Ubel, 51.
 Schobert, Schröderstr. 7.
 Ranke, Bernauerstr. 43.
 Runge, 49.
 Borch, Brunnstr. 92.
 Lupe, 123.
 Kellner, Ramlerstr. 16.
 Dohle, 33.
 Lomax, Putzstr. 2.
 Reide, 19.
 Hoffmann, Putzstr. 46.
 Deccard, 47a.
 Borowski, Ruppinerstr. 24.
 Uhl, Uferstr. 8.
 Gier, Rühlenerstr. 11.
 Palm, Köllnerstr. 7.
 Reilmann, 31.
 Preussel, Arminienstr. 14.
 Lehmann, Schmiedestr. 43.
 Horde, Korffstr. 12.
 Buchholz, Oberbergerstr. 31.
 Rühl, 59.
 Müller, 47.
 Schulz, Chorinerstr. 33.
 Bunge, 28.
 Werner, Veteranenstr. 19.
 Rechner, Fionischerstr. 49.
 Hertel, Koppenhägerstr. 23.
 Barquardt, 31.
 Wernke, 76.
 Steinhoff, Schlegelbeckerstr. 45.
 Scholz, Eimgarderstr. 63.
 Brandt, Duxerstr. 20.
 Hill, Hagenauerstr. 16.
 Buba, Schlemmerstr. 11.
 Reje, 30.
 Djinbe, 33.
 Pfeiffer, 45.
 Richter, 25.
 Damer, Pappelallee 33.</p> | <p>Ball, Hermsdorferstr. 5.
 Braß, Kellstr. 2.
 Ranten, Tegelerstr. 43.
 Bringer, Seelowerstr. 12.
 Dreßler, Stolpischerstr. 16/17.
 Scholz, Dieffenhägerstr. 16.
 Brandt, Rühlenerstr. 53.
 Witte, Gropiusstr. 6.
 Speer, Soltaustr. 18.
 Bapenhub, Rynarstr. 15.
 Hoffmann, Evinemländerstr. 19.
 Rühlert, Dampferstr. 87.
 Orlovski, Jagowunderstr. 11.
 Hoffmann, Läderstr. 59.
 Gros u. Co., Räderstr. 32.</p> <p>Nordosten.</p> <p>Schrolle, Landwehrstr. 3.
 Bacharsh, Höchststr. 41.
 Wittenbach, Straußbergerstr. 7.
 Schaubert, 35.
 Uex, Wippenstr. 29.
 Vogel, Wichmannstr. 35.
 Schröder, Antienstr. 6.
 Vorbeer, Gormannstr. 12.
 Niedermeier, Eldingerstr. 7.
 Gros u. Co., Neue Königstr. 62.
 Kallier, Braunsbergerstr. 32.
 Kallier, Duxenstr. 31.
 Dammig, Waldhagenstr. 54.
 Dedmann, Delforsterstr. 29.</p> <p>NW.</p> <p>Urt, Sidingenstr. 7.
 Schneider, 44.
 Buschmidt, Waldstr. 6.
 Schildert, 19.
 Bohl, 24.
 Zeißert, Rostockerstr. 1.
 Derbit, 42.
 Dehlie, Wittkoderstr. 2.
 Rühl, 8.
 Knöfel, Beustelstr. 8a.
 Peters, 80.
 Kinder, Waldenferstr. 28.
 Däumichen, Emdenerstr. 24.
 Weh, Fisingerstr. 10.
 Risch, Beustelstr. 84.
 Risch, Duxenstr. 32.
 Reiche, Berliningerstr. 6.
 Reupold, Wickestr. 21.
 Feinold, Putzstr. 12.
 Volgt, Jagowstr. 22.
 v. Heddelmann, Wilhelmshavenstr. 65.
 Schließ, Perlebergerstr. 39.
 Bede, 42.
 Barlowitz, Reuchlinstr. 7.
 Friedberg, Lehrstr. 45.
 Witte, Vandelstr. 16.</p> <p>Centrum.</p> <p>Gros u. Co., Alexanderplatz 2.
 Schmidt, Gipsstr. 32.</p> <p>Osten.</p> <p>Barbier- und Friseur-Gesellschaft „Boran“, Vogthägerstr. 43.
 Jacobson, 26.
 Wassermann, Wauerstr. 21.
 Reitel, Rühlenerstr. 63.
 Buchholz, Petersburgerstr. 3.
 Thiele, 5.
 Dabelost, Thierstr. 35.
 Lehmer, Zillierstr. 75.
 Morgenstern, 88.
 Jacob, Strakmannstr. 27.
 Ueber, Putzstr. 13.
 Geelhaar, 21.
 Schmidt, Maternstr. 4.
 Niedermeyer, 11.
 Quif, Löwstr. 26.
 Wöhlting, Kochstr. 5.</p> | <p>Härker, Wilhelm Stolzestr. 16.
 Denel, Heidenfeldstr. 2.
 Marzke, Eberstr. 4.
 Reil, 86.
 Rude, Schreinerstr. 3.
 Wegel, Gubenerstr. 9.
 Watz, Weidenweg 73.
 Helm, 80.
 Rüdiger, Frankfurter Allee 33.
 Reubauer, 157.
 Henle, 177.
 Giele, Simon Hochstr. 17.
 Ludwig, Romintenerstr. 28b.
 Gräpke, Gubenerstr. 4.
 Wirth, 25.
 Kranig, Remelerstr. 6.
 Striebling, 23.
 Eichberg, 18.
 Geiser, Fenchstr. 43.
 Rees, Ringebergerstr. 11.
 Ullrich, Gubener Weg 46.
 Rühl, 51/52.
 Lubcke, Marxstr. 23.
 Zöpfer, Wilmenerstr. 46.
 Krause, 35a.
 Herpel, Krausstr. 2.
 Rudolph, Wilmenerstr. 47a.</p> <p>Südosten.</p> <p>Barbier- und Friseur-Gesellschaft „Boran“, Waldemarstr. 65.
 Witte, Brangelstr. 29.
 Rade, Montefelstr. 5.
 Fabian, 9.
 Rühl, 71.
 Bunge, Oppenerstr. 11.
 Goebel, Sorauerstr. 16.
 Rega, 22.
 Gold, Curverstr. 8.
 Kahrstedt, 23.
 Bürowinkel, Langestr. 88.
 Senffert, 102.
 Priemann, Rühlenerstr. 82.
 Tobias, Wickestr. 41.
 Köhmer, Oppenerstr. 4.
 Koble, Grünauerstr. 4.
 Rehniger, 29.
 Nicolai, 35.
 Helmman, Eignitzerstr. 35.
 Reiche, Hagenauerstr. 18.
 Koldenlee, Stallgerstr. 18.
 Laubert, 80.
 Heibekamp, 141a.
 Römhold, Reichbergerstr. 88.
 Radtweil, 155.
 Rühl, 171.
 Dapnick, Wicenerstr. 56b.
 Benzel, Waldenferstr. 4.
 Ridel, 95.
 Schwarz, Raunigerstr. 34.
 Preussel, Engel-Ufer 13.
 Rohde, Köpenickerstr. 48.
 Romelde, 155.
 Poppel, Admiralsstr. 18a.
 Schreiber, Briherstr. 14.
 Stolpe, Kolbenerstr. 10a.
 Vöggenreuter, Kolbenerstr. 33.
 Poppe, 58.
 Kaprallo, Stralauerplatz 15a.
 Quif, Stralauerstr. 22.</p> <p>Süden.</p> <p>Kalben, Gräferstr. 9.
 Bollahn, 33.
 Starzynski, Schönleinstr. 18.
 Gimmert, 29.
 Bessel, Pringelstr. 77.
 Schanditz, Wilmenerstr. 10.
 Lichatschke, Jostenerstr. 2.
 Kuhnau, Fiedingerstr. 35.
 Dallowitz, Kreuzbergerstr. 25.
 Johannowitz, Sonnenbäckerstr. 42.</p> |
|--|---|---|

- Bollmann, Voerstr. 25.
 Lazar, Blicherstr. 54.
 Kleim, Etalshreiderstr. 41/42.
 Gros u. Co., 63.
 Bergmannstr. 112.
 Rühlstr. 14.
 Griesenauerstr. 69.
 Rührmann, Wasserstr. 33.
 Kowal, Urbanstr. 104.
- Westen.**
- Bosse, Steinmeierstr. 23.
 Reinas, 34.
 Bogedes, Wollowstr. 62.
 Feldheim, Rosendorferstr. 34.
 Gros u. Co., Rantenerstr. 2.
 Holzbecher, Schönebergerstr. 25.
- Schöneberg.**
- Abel, Hohenriederstr. 1.
 Hertel, 27.
 Dantel, Wollowstr. 21.
 Rahlke, Sonnenwaldstr. 45.
 Bartsche, Gohsenstr. 40.
 Brauer, Fenchstr. 70.
 Deutschmann, Wurzburgerstr. 21.
 Gros u. Co., Kolonnenstr. 54.
- Steglitz.**
- Gros u. Co., Schützenstr. 54.
 Wöhrstr. 98.
- Charlottenburg.**
- Reich, Kanstr. 56.
 Welsch, 60.
 Doppel, Kaiser Friedrichstr. 27.
 Stammer, Speerstr. 6.
 Laute, Räderstr. 3.
 Wurmman, Seelenheimerstr. 4.
 Rescherwald, Knobelbörgerstr. 14.
 Kähler, Potsdamerstr. 44.
 Ortmann, Pestalozzistr. 67.
 Schmidt, Duxenstr. 3.
 Belgerndt, 27.
 Girndt, Gradauerstr. 9.
 Krug, Wallstr. 14.
 Wenz, Pestalozzistr. 74.
- Wessensee.**
- Arndt, Ranghanstr. 9.
 Heilig, 151.

- Hunte, Streustr. 4.
 Renau, Strahburgerstr. 24.
 Dilsch, Lehderstr. 28.
 Simon, Charlottenburgerstr. 95.
 Koch, Gullow Wollowstr. 24a.
 Heilig, Wollowstr. 6.
- Rixdorf.**
- Bentel, Kolbenerstr. 91.
 Peter, Berlinerstr. 26.
 Vogel, 89.
 Wangelmann, Senaustr. 7.
 Wamstedt, Hermannsplatz 4.
 Eide, Hohenstr. 6.
 Woz, Panierstr. 5.
 Schachtel, 15.
 Steinde, 53a.
 Erdmann, Eidestr. 8.
 Renz, Wicenerstr. 205.
 Dehmchen, Kaiser Friedrichstr. 177.
 Langner, Herzbergstr. 11.
 Reich, Steinmeierstr. 20.
 Wollow, Hietenerstr. 31.
 Gieseler, Fenchstr. 75.
 Rungmann, Wenz Handwerkerstr. 54.
 Hennig, Wicenerstr. 69.
 Nagel, Wichmannstr. 22.
 Walter, Rühlenerstr. 20.
 Reiche, Rühlenerstr. 44.
 Hoffmann, Reuterstr. 30a.
 Wollow, Rühlenerstr. 5.
 Rog, Hermannstr. 207.
 Wian, Schöneweiderstr. 35.
- Rummelsburg.**
- Kasch, Wollowstr. 28.
 Benzel, Neue Duxenstr. 6.
 Kruse, 9.
 Rühl, 22.
 Reiche, 29.
 Tausch, 31.
 Koldsch, Kanstr. 41.
 Schneider, Gabriel Wollowstr. 9.
- Friedrichsberg-Lichtenberg.**
- Glenbe, Friedrich Karlstr. 16.
 Quif, Bartenbergerstr. 68.
 Spenshahn, Kronprinzenstr. 29.
 Dilsch, Wicenerstr. 9.
 Reinhold, Wicenerstr. 29.

- Gabler, Schöneweiderstr. 9.
 Gäh, 62.
 Hentze, Blumenhägerstr. 42.
 Koppenhäger, Rühlenerstr. 18.
- Treptow.**
- Gesit, Wicenerstr. 37.
 Heger, Beeremannstr. 2.
 Grimm, Baumhägerstr. 73.
- Reinickendorf.**
- Loß, Provinzstr. 82.
- Borsigwalde.**
- Straube, Grünstr. 22.
- Pankow.**
- Räder, Kaiser Friedrichstr. 71.
 Schmidt, Magdalenstr. 1.
- Stralau.**
- Lange, Alt-Stralau 17.
- Groß-Lichterfelde.**
- Scheeler, Fenchstr. 14.
- Ober-Schöneweide.**
- Reiger, Wilmenerstr. 62.
 Reine, Lohrerstr. 1.
 Heinrich, Duxenstr. 5.
- Köpenick.**
- Schwarz, Rühlenerstr. 2.
 Röhler, Grünauerstr. 71.
 Leuchtenberger, Schöneweiderstr. 15.
 John, Grünstr. 17.
 Rühl, Kaiserin Victoria Augusta-Str. 24.
 Reiber, Rühlenerstr. 1.
 Gäh, Wicenerstr. 25.
- Adlershof.**
- Reinhold, Wilmenerstr. 10.
 Reuch, 17.
 Müller, Gubenerstr. 7.
- Friedrichshagen.**
- Wilmann, Friedrichstr. 62.
 Farnellus, Kurzestr. 1.
 Schöneweider, Wicenerstr. 25.

Folgende Karte ist in den Geschäften sichtbar am Spiegel angebracht.

No. 190

Kontrollkarte

Inhaber dieses ist zu den von der Organisation aufgestellten Arbeitsbedingungen beschäftigt und organisiert.

Gültig, wenn die laufende Woche gestempelt

Für Herrn _____

geboren am _____

zu _____

Diese Karte bleibt Eigentum des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Berlin und der Vororte. Bureau: Rosenthalerstr. 57. Der Vorstand, Paul Liere.

	Mai	September	
	Juni	Oktober	
	Juli	November	
	August	Dezember	

VERBAND DER FRISURGEHILFEN DEUTSCHLANDS
 (Zweigverein Berlin und Vororte).
 Bureau: Rosenthalerstr. 57. Telephon: Amt 3 Nr. 1296.
 Der Vorstand.

Verein Berliner Hausdiener
gegründet 1853.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied
Richard Huhn
Kögelstr. 15 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 13. Juni, nachmittags 4 Uhr, auf dem Danieskirchhof (Reinickendorf - West), Blankenburger Str., statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer.
Zweigverein Berlin.
Am 9. Juni 1906 verstarb unser Kollege
Wilhelm Kranz
im Alter von 41 Jahren am Herzschlag.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Halle des Gemeindefriedhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwünscht
144/7 **Der Vorstand.**

Arbeiter - Raucher - Bund
Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Hiermit zur Nachricht, daß das Bundesmitglied
Karl Hartmann
aus dem Klub „Rehr Licht“ verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 13. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, in Weihensee, Hölzstraße, statt.
Der Vorstand.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Spenden bei der Beerdigung meines umgeliebten Rannes unseres unvergesslichen Vaters
Ludwig Weigand
sagen wir allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem Verein der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen Berlins, dem Vorstand und den Beamten der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin unseren herzlichsten Dank.
Pauline Weigand und Kinder.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Dr. Schünemann Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten, Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege
Reinhold Balzer
am 8. Juni 1906 an den Folgen des Unfalles vom 2. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 13. Juni 1906, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Arbeitervereine-Gemeinde, Weihensee, Lichtbergstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Sektionsvorstand.

Neuestes Teilzahlungs-Geschäft für Kein Laden. Brennabor.
:: Räder ::
:: Günstigste Bedingungen ::
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.
Krankenfahrräder all. Systeme
täglich von 25 R. an, auch teilweise unter vollständigsten Bedingungen.
Koppische Krankenkassen, Elsassersstraße 95. 116/4

Zentral - Kranken- und Sterbekasse der Maler u. verw. Berufsgen. Deutschl.
Sonntag, den 17. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshause:
Kombinierte Versammlung
der Mitglieder sämtlich. Verwaltungsstellen v. Berlin sowie Rixdorf u. Friedrichsberg.
Tages-Ordnung: 1. Die Verhinderung obiger Verwaltungsstellen auf Grund des § 15 des Statuts bezw. Errichtung einer Tageskasse und Anstellung von zwei Beamten. 2. Wahl der Beamten sowie der gesamten Verwaltung. 3. Verschiedenes. — Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 125/10
Der Vorstand. J. A.: R. Geßler, 1. Vorsitzender.

Beste Bettenfüllung
Aus die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt dänischen
Monopoldaunen
(einfach gefüllt) Pfund 2,50, 2-4 Pfund gefüllt 4 u. 6, Oberbett, drei gef. Kissen, Bettdecke, Verpackung frei.
Gustav Lustig
Berlin S., Prinzenstr. 48
Spezial-Weißwaren-Geschäft Deutschlands.

Verband der freien Gast- und Schankwirts Deutschlands (Zahlstelle Berlin).
Bezirks-Versammlungen:
Bezirk I. NW. Mittwoch, den 20. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Funke, Triftstraße 41.
Bezirk II. N. Freitag, den 15. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Wernau, Schwedterstraße 23/24.
Bezirk III. NO. Freitag, den 15. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17.
Bezirk IV. O.-SO. Freitag, den 15. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Litka, Remelerstraße 67.
Bezirk V. S.-SW. Donnerstag, den 14. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Donath, Schönleinstraße 6.
Bezirk VI. C. Freitag, den 15. Juni, nachmittags 5 Uhr, bei Knappe, Kleine Kurstraße 11/12.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.
Donnerstag, den 14. Juni 1906, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 7):
Versammlung der Drahtarbeiter Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. Die Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften. Referent: Kollege Handke. 2. Diskussion. 3. Branchen-Angelangehen. 102/16
Kollegen! In dieser Versammlung ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen notwendig. — Die Vertrauensleute werden hiermit ganz besonders wegen der Jaunsteiler-Angelangehen zu dieser Versammlung eingeladen.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.
Donnerstag, den 14. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:
Außerordentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Verbandstag in Köln. 2. Diskussion und Verbandsangelegenheiten. 3. Wahl des Gewerkschaftsrates. 4. Wahl des Ausschusses.
— Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. —
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet
Die Ortsverwaltung.

GUSTAV F. MÜLLER BERLIN
Klosterstr. 43
Fabrik patentierter zusammenlegbarer Kinder Sportwagen
TRUDCHEN
Sitz-Liegewagen.
mit o. ohne Verdeck.
Mitzunehmen bei allen Ausflügen (z. B. Eisenbahn, Strassenbahn, Dampfschiff).
sehr bequem die Treppe hinauf u. hinunter zu tragen.
Prämiiert mit d. höchsten Auszeichnungen.
Ein größerer Posten Wagen von 15 M. an abzugeben.

Die Magen- und Darmkrankheiten der Säuglinge sind sehr häufig die Folge einer ungeeigneten Ernährung. Ein vorzügliches Nährmittel für magen- und darmkränke Kinder ist Kufeles Kindermehl — mit Aufschlag der Milch, in Wasser gelöst — weil es die in der Muttermilch enthaltenen Nährstoffe im richtigen Verhältnis besitzt und sogar die Krankheitskeime im Darne zerstört; es bietet den Darmbakterien einen schlechten Nährboden dar und wirkt direkt gährungswidrig. Bei größeren Kindern mit chronischen Darmläusen hat sich Kufeles Kindermehl als Nährmittel gleichfalls sehr gut bewährt. Nach dem Krankheitsverlaufe wirkt es appetitanregend und kräftigend und wird seines Wohlgeschmacks wegen von Kindern jeden Alters gern genommen. Gedehren Kindern giebt man es vorteilhaft mit Kakao vermischt.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg., Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 14
Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstraße 23, Elsterstraße 40. 15099/4
Herrenfahrräder, Damenfahrräder, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 15423/4
Teppiche (sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Odeonplatz Markt 4, Bahnhofs Börse. 263/3
Federbetten, schöne breite, Eland 20 Mark, Dresdenerstraße 38, vorn II links. 132/4
Kindertwagen, Sportwagen, Kinder- beistellen, gebraucht, zurückgekauft, sportbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 21766/4
Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Hüte, Koffer, Revolver, Taschengeld, Uhren, Goldsachen, Kessel, sportbillig. Lude, Oranienstraße 131.
Reisegläser, Operngläser, Nähzeuge, Regulatoren, Fischmesser, Harmonikas, Weigen, Gitarren, Bilder, Teppiche, sportbillig. Lude, Oranienstraße 131. 22315/4
Steppdecken billigt Grobe Frankfurterstraße 9, parterre. 41
Während des Umbaus Möbel zu außerordentlich billigen Preisen. Kleiderkabinett 23, —, Beschloffenen 20, —, Spiegelkasten 18, —, wunderhübsche Garnituren, Sofas 40, —, entzückende Schlafzimmer in allen Größen, nunderhübsche bunte Kissen 60, —, englische Decken mit Federbetten 42, —, Kottolale Auswähl. Eigene Werkstätten. Möbelabrik Hirschowitz, Elsterstraße 25. 15953/4
Vaporgarten, großartige Sprecher, Kommandantenstraße 52, Restaurant.
Offiziere jeden Dienstag und Freitag von 4 Uhr ab bei Entnahme von 5 Pfund sämtliche Wurstsorten zu den billigsten Preisen. A. Sommer, Kantstraße 151, Eingang Ullandstraße. 22965
Kartoffel-Getragengeschäft verkauft, da meiner Frau allein zu schwer. Blinler, Wittenbergstraße 29. 23175
Lauben, Baumaterialien, neu und gebraucht, wie: Kaminholz, Bretter, Ratten, Leisten, Läden, Fenster, Linooleum, Dachpappe usw. billig. Feiler, Kottbuserdamm 22, jetzt Holtenheide 2 (am Decmannplatz). 12365/4
Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Wellerstraße 111, Wartenbergstraße 67, Wienerstr. 1-6.
Teppiche mit Farbenlehren Fabrik- neberlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 11

6,00—10,00 gutgeschrieben erhält Schiffskauf einer Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Brenzlauerstraße 59/60.
Nähmaschinen. Täglich bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Woche 1,00. Postkarte. Drauser, Lützenerstraße 60. 128/4
Wohnungsbau und Sommer- paletots von 5,00 an, Hofen von 1,50 an, Gebirgsanlege von 12,00 an, Frack von 2,50 an, sowie für torpente Figuren. Neue Garbetode zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verlassene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Koh, Wulandstraße 14. 2348/4
Möbelpfeiler Saalfeld, Kraut- straße 30, verkauft billiger als Ladenpreis, auch die hohen Ladenmieten spare. Wer Möbel, Spiegel, Postkarten kauft, beständige, das große Lager, Hof 1 und 2 Treppen und Keller. Kein Kaufzwang. 23565
Material, Grünspan, Feuerung, Rolle ist Kaufpreis halber sofort verkauft. Näheres Wulandstraße 6, 2. Hof. 129
50 Blüchsen sportbillig Graubenerstraße 2, parterre. 129
Zigarrengeschäft, gutgeordnet, Familienverhältnisse halber, weil zwei Geschäfte, billig zu verkaufen. Zu erfragen bei F. Wille, Brunnenstraße 188. 23325/4
Bett, zweifach, 15,00, Kissen, Dresdenerstraße 38. 23355/4
Singer-Nähmaschine verkauft billig. Kurfürstenstraße 11. 436
Schuhmacher-Maschine verkauft billig. Kleiderstr. 5, Salzweberstraße 5.
Nachweislich gutgehendes Milch- und Kolonialwarengeschäft fruchtbringend billig zu verkaufen. Hoffmann, Eitelauer Allee 24, Eingang Kochstraße. 12

Pfandleihe, Pringentstraße 68, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 14298/4
Patentanwalt Bessel, Göttinger- straße 94a. 21726/4
Brodbau, und Weber-Verdon sowie andere antiquarische Bücher kauft Bener, Oranienstraße 138.
Hier Vereinszimmer, 30-130, Montage, Sonnabende frei, 7/10 Pfennig. Engel, Sendelstraße 30.
Pfandleihe Markstraße 27.
Wäsche wird sauber gewaschen, freies getrocknet. Abholung Sonnabende. Emil Pantrath, Köpenick, Wulandstraße 40. 23515
Kleider, Wäsche besser sauber aus Frau Gebhardt, Calandstraße 6, Hof rechts 4 Treppen. 171
Fahrrad gelöst, auch besetzt. Preis- angabe, Beschäftigungszeit. Große Frankfurterstraße 14, Nummer 1.

Rehring gegen monatliche Ver- gütung sucht Buchhandlung Bener, Oranienstraße 138. 22665
Auf Rittergut Wandorf, zwischen Nauen und Belten, werden 50 Rauer verlangt. Tarifmäßiger Lohn 57/1 Pfennig gezahlt werden aber 60 Pfennig. 16248
Sortiererin für Lumpen verlangt Schrodter, Hochstraße 43. 23536/4
Stepperin verlangt Koch, Nieder- Schönhaufen, Treppelstraße 57. 161
Damenbinden-Nählerin, Genzmer, Doppelstraße 43, Hof parterre.
Zeitungsfrauen verlangt Kronen- straße 65. 22625/4

Deutsch. Buchbinder-Verband
(Zahlstelle Berlin).
Folgende Firmen haben, weil das Personal nach der Beendigung der Aufsperrung nicht räumlich und bedingungslos in die Betriebe zurück- kehrte, weiter respektive erneut ausgespart:
G. Wabben & Co., Wilhelm- straße 9.
H. Spöring, Friedrichstr. 16.
D. Bleisteln, Friedrichstr. 16.
Lüderitz & Bauer, Rauer- straße 80.
Fritsche-Baumbach, Schö- neberg, Bahnhofsstr.
H. Reib, Köpenickstr. 107/8.
H. Schubert, Wilhelmstr. 121.
C. Metsehke & Co., Zimmer- straße 94.
A. Schoß, Quittamerstraße 19.
A. Schoß, Dessauerstraße.
Schneider & Ziegler, Ritterstr. 76.
Rickmann, Wilhelmstr. 121.
Naucke's Buchdruckerei, Stal- schreiberstraße 5.
Ad. Ludwig, Elisabeth-Ufer 5/6.
Fleck Nachf., Köpenickstr. 87.
Kämmerer, Köpenickstr. 67.
Werner, Lindenstraße 3.
C. F. Walter, Wallstr. 16/17.
Rich. Gahl, Chausseest. 20.
Agthe, Wilhelmstr. 119/30.
Lotze & Sieler, Köpenickstr. 8.
Ad. Wittenburg, Wilhelm- straße 16.
Xaver Külle, Reichenberger- straße 36.
Schreiber & Co., Ludauerstr. 7.
Diese Betriebe sind gesperrt! Der Arbeitsaufnahme wird gewarnt! Zugang ist streng fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Die Firma **Aloys Suk,** Reanden- straße 4 (Reanderhof) ist für Galanteriearbeiter und Arbeiterinnen wegen Differenzen gesperrt.
24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Vermietungen.
Wohnungen.
Nieder-Schönhäufen, Deutsch- Köpner, Schillerstraße (am Straßen- bahnhof) moderne Vorderwohnungen 2 und 3 Zimmer von 324 und 450 Mark an. Näheres Kleider-Schön- häufen, Körnerstraße 34. 180/5
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle Herrn, Schade, Köpenickerstraße 10, vorn 3 Treppen sofort oder 1. Juli. 12
Möblierte Schlafstelle Oranien- straße 196 II, Frau Dittmeier. 23496
Möblierte Schlafstelle für zwei Herren oder Damen vermietet. Parquard, Wasserstraße 24. 23465
Schlafstelle Wulandstraße 55, vorn III.

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Kleider-Steinsetzer bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Almer, Wuland- straße 27. 14665
Stellenangebote.
Schlossergesellen auf Otter und Taren verlangt A. Blume, Charlotten- burg, Schillerstraße 67. 16228/4
Farbigmacher verlangt Näher, Rehringstr. 63. 129
Arbeitsbürche verlangt, Ziegler, Wulandstraße 25. 161

Klempner,
welche auf Brillantbuchstaben ein- gearbeitet sind, suchen.
Kulps & Co., Bremen.
Deutsch. Buchbinder-Verband
Zahlstelle Berlin.
Kartonarbeiter u. Arbeiterinnen! Kartonnier!
In der Kartonnierfabrik von **Ad. Lesser, Krautstraße**, sind tarif- liche Differenzen angebrochen. Vor Arbeitsaufnahme wird gewarnt! Erledigungen sind auf dem Bu- reau, Engel-Ufer 15 II, Zimmer 21, einzuziehen.
24111 **Die Ortsverwaltung.**

Arbeitersekretär
für das zum **Braunschweig** zu eröffnende Arbeitersekretariat gesucht. 1. Oktober d. J. in Braunschweig. Bemerkung: Schreiben, denen eine selbstgeschriebene Probearbeit über die Aufgaben eines Arbeitersekretärs beizulegen ist, bis 22. d. d. an **Braunschweig, Aug. Wesemeier, Wendenmühlstr. 20 III.** 292/7

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.
Osten:
Wengels, Köpenickerstr. 3.
Gustav Bogel, Köpenickerstr. 83.
Nordosten:
2. Quast, Köpenickstr. 42.
3. Reul, Barnimstr. 42.
Norden:
4. Köpcke, Köpenickstr. 36.
5. Trapp, Köpenickerstr. 24.
6. Karl Wiede, Köpenickerstr. 123.
7. Dehnbach, Köpenickerstr. 24.
8. Bogel, Köpenickerstr. 37.
9. Tich, Wulandstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweberstr. 8.
W. Schrole, Köpenickerstr. 29.
Südwesten:
6. Werner, Köpenickerstr. 39.
7. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
St. Feil, Pringentstr. 31.
8. Gutschmidt, Köpenicker Damm 8
Südosten:
Paul Böhm, Köpenicker Platz 14/15.
9. Gursch, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
6. Scharnberg, Felsenkammerstr. 1.
Friedrichsberg:
C. Zeisel, Kronprinzstr. 59.
Rixdorf:
W. Heinrich, Feing Handwerkerstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 59.
Schöneberg:
Willy Bäumler, Köpenickerstr. 61.
Weißensee:
W. Redtke, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, Köpenickerstr. 39a.
Reinickendorf:
P. Gursch, Pringentstr. 108.

Intelligente
Persönlichkeit mit ausgedehntem Bekanntenkreis in Berlin und Vororten von großer Feuer-Vers.-Akt.-Ges. als Vertreter bei hohen Provisionsbeträgen gesucht.
Offerten erbeten unter **J. A. 6405** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** 132/6

Verschiedenes.
Kunststofferet von Frau Kottost, Charlottenburg, Goethestraße 84, I.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Heute Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Am heutigen Zahlabend wird die Broschüre: „Gegen Volksverdummung“ an die Mitglieder gratis verteilt.

Wilmersdorf. Die hiesige Feiseur- und Perückenmacher-Zunftung veranstaltet am kommenden Sonntag im „Luisenpark“ ein Sommerfest.

Treptow. Heute abend 9 Uhr bei Wollan, Nießholzstr. 35: Bezirksversammlung. Genosse Julian Vorchardt spricht über: Revolution und Umsturz.

Pantow. Am Sonnabend, den 16. Juni, findet im Feldschlößchen des Herrn Großfurt, Berlinstraße, ein Unterhaltungabend des Frauenvereins statt.

Am Dienstag, den 26. Juni, findet die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Da zu derselben nur mit Mitgliedsbüchern Versehenen der Zutritt gestattet wird, ersuchen wir die Genossen dringend, sich auf dem heute stattfindenden Zahlabend die Bücher abzuholen.

Die Bezirke der Kaiser Friedrichstraße tagen in folgenden Lokalen: Bezirk I (Kaiser Friedrichstr. 11-66, Pfarrstraße, Laßstraße, Neumannstraße, Behnenstraße, Kurzstraße, Spieckermannstraße) beim Genossen Grötel, Kaiser Friedrichstraße 12.

Bezirk II (Kaiser Friedrichstr. 1-10, 67-74, Berlinerstr. 54-88, Prinz Heinrichstraße, Esplanade) beim Genossen Müller, Berlinerstr. 86.

Köpenick, Karlshorst. Der Zahlabend findet heute im Lokale von Grün, Prinz Adalbertstr. 27 statt.

Nieder-Schöneweide. Der Wahlverein hält am Mittwoch, den 13. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Reimann, Grünauerstr. 5, eine Versammlung ab.

Berliner Nachrichten.

Warum es „langt“.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung fordert seit langem für die Gemeindeführung die allgemeine unentgeltliche Gewährung aller Lehrmittel.

Unsere Genossen im Stadtparlament haben wiederholt an einer Reihe von Beispielen nachgewiesen, daß in der Praxis oft genug die Sache sich ganz und gar nicht so glatt abwickelt, wie die Gegner der allgemeinen Lehrmittelfreiheit es darzustellen lieben.

Wird man es für möglich halten, daß gegenwärtig — acht Wochen nach Ostern — ein Kind noch auf die erbetenen Bücher warten muß? Ein solcher Fall wird uns aus einer siebenten Klasse der 243. Knaben-Gemeinschafts-Schule (Hausburgstraße) gemeldet.

Die sechs städtischen Heimstätten für Genußende sind gegenwärtig wieder voll belegt. Von den vorhandenen 697 Betten war am 7. d. Mts. nach Bekanntgabe des Verwaltungsdirektoriums nicht eines mehr frei.

Heimstätten hartet. Am größten war die Zahl der vorgemeldeten brustkranken Frauen, sie betrug 223, während in den für solche Personen bestimmten beiden Heimstätten Blankenfelde bei Nieder-Schönhausen und Markow bei Weihensee insgesamt nur 181 Betten vorhanden sind.

Die Heimstätte für geneigte Wöchnerinnen in Blankenburg (Markt) mit 69 Betten wies 63 vorgemeldete Personen auf. Die Wartezeit betrug hier 20 Tage.

Die Zunahme des Gasverbrauchs ist in Berlin ganz enorm. Im Jahre 1894 wurden schon 82 Kubikmeter Gas pro Kopf der Bevölkerung oder 103 918 000 Kubikmeter verbraucht.

Der Uebergang einzelner Zweige der Wohlfahrtspolizei auf die Stadtgemeinde Berlin hat schon mehrfach Magistrat und Stadtverordneten beschäftigt. Ein Beschluß der Stadtverordneten vom 11. Februar 1907 verlangt die Uebernahme bezw. Uebertragung der „polizeilichen Funktionen auf allen Gebieten, deren sonstige Verwaltung der Stadtgemeinde obliegt, an die Stadtgemeinde“.

Der diesjährige Pflanzverkehr auf den Eisenbahnen war nach einer solchen abschließenden amtlichen Statistik trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse überall ein sehr starker.

Opfer ihres Berufes. Auf dem Stettiner Güterbahnhof hat sich gestern abend ein schwerer Unglücksfall zugetragen. Der 62jährige Bahnarbeiter Hermann Schulz, Gartenstraße wohnhaft, geriet beim Verladen unter einen Güterwagen und wurde über den Unterschenkel gefahren.

Hochstapler als Babegäste. Ein Berliner Hochstaplertrio wurde in Swinemünde verhaftet. Hierzu wird folgendes mitgeteilt: Seit einiger Zeit weilten in Swinemünde als „Babegäste“ der Wüstetier Hans Baumann nebst Frau Anita und Schwägerin Gertrud Pöbner aus Breslau.

Unglücksfälle im Straßenverkehr. Ein folgenschwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe fand gestern mittag am Potsdamer Platz statt. An der Einfahrt in die Königsgrabenstraße verfuhr der Droßakentischer Gottlieb Krüger aus dem Neuen Hachtstraße 28 mit der Droßake Nr. 211 kurz vor dem Straßenbahnwagen Nr. 2101 der Linie 14

die Gleise zu kreuzen. Es kam dabei zu einem heftigen Zusammenstoß, bei welchem K. vom Rad auf die Straße geschleudert wurde.

Von einem Schlächterwagen überfahren und getötet wurde gestern morgen die 57 Jahre alte, aus Templin gebürtige Arbeiterwitwe Karoline Westphal geb. Sabow, die in der Politzstraße 47 wohnte und für den Wäckermeister Scholz aus der Wallisadenstraße 58 Frühstück austrug.

Der Revolver hat gestern abend am Nordhafen eine Rolle gespielt. Eine Korrespondenz meldet darüber: Zwei Studierende der Landwirtschaftlichen Hochschule, darunter der 23jährige Heinz v. aus der Scharnhorststr. 3, waren am Nordhafen spazieren gegangen.

Wag die Sache liegen, wie sie will: Ein sonderbarer Spaziergang bleibt es aber, sich dabei mit dem Revolver zu bewaffnen.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 4 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Gartenstr. 74 gerufen. Grober Unfug lag der Feuermeldung zu Grunde. Der Täter ist leider nicht ermittelt.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Der Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer am Montag stattgefundenen Sitzung ein Resolutionsetat vorgelegen, in dem die Gehaltsverhältnisse der städtischen Beamten und Lehrer einer Neuorganisation unterzogen werden sollen.

Eine längere Debatte brachte dann die Vorlage des Magistrats, zum Beitritt der Schüler des Hohenzollerngymnasiums in den „Schüler-Ruderverein Bamssee“ 1450 M. zu bewilligen.

Ein folgenschwerer Zusammenstoß im Straßenbahnbetriebe fand gestern mittag am Potsdamer Platz statt. An der Einfahrt in die Königsgrabenstraße verfuhr der Droßakentischer Gottlieb Krüger aus dem Neuen Hachtstraße 28 mit der Droßake Nr. 211 kurz vor dem Straßenbahnwagen Nr. 2101 der Linie 14

